

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Zur Bekämpfung der Inflation und in allen Kassen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (mit Haus 2 RM, (Halbmonat. 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-Alt, Oberbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal geschnittene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restansätze anschließend an den dreispaltigen Teil einer Tageszeitung 1,50 RM, Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt, Oberbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Dringlichkeit besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang Dresden, Donnerstag, den 29. Dezember 1927 Nummer 302

## 1 1/2 Million Erwerbslose

### Verwaltungs„reform“ in Sachsen

Von Paul Böttcher

Die sächsische Bürgerblockregierung hat von dem Präsidenten des Sächsischen Staatsrechnungshofes, Schlegel, ein Gutachten über die Vereinfachung und Verbilligung der sächsischen Staatsverwaltung herbeigeholt. Die sächsische Denkschrift ist ein Glied in der Kampagne des Trustkapitals für die Abwälzung aller Kriegslasten auf die Schultern der breiten Massen. Die Denkschrift erfüllt im vollen Umfange jene Forderungen, die vom Reparationsagenten Gilbert, Reichsfinanzminister Köhler, vom Reichsbankpräsidenten Schacht und zuletzt im „Rohprogramm“ der deutschen Industrie niedergelegt sind. Es ist selbstverständlich, daß unter diesen Umständen die sächsische Denkschrift im vollen Umfange den Forderungen des Großkapitals entspricht.

Der Ausgangspunkt der Denkschrift des sächsischen Geheimrates ist die Legende vom „Wohlfahrtsstaat“. Es wird behauptet, daß die Aufgaben des Staates sich gegenüber der Vorkriegszeit vollständig verschoben hätten und daß „an die Stelle des Verwaltungsstaates mehr und mehr der Wohlfahrtsstaat getreten sei“. Hinter dieser Legende verbirgt sich der Versuch, die Rolle des kapitalistischen Staates als Nachinstrument der herrschenden Klasse vor den breiten Schichten der Bevölkerung zu verschleiern. Des weiteren soll der Ansehen erweckt werden, als würden die Steuermittel in ihrer Mehrzahl verwendet für soziale Ausgaben. Es wird vor den politisch ungeschulten Massen der Eindruck zu erwecken versucht, als gingen die Steuern der „notleidenden“ Junker und Großkapitalisten für Fürsorge und Wohlfahrt drauf. Da sich der Abbau der Sozialgesetzgebung nur gegen den schärfsten Widerstand der Arbeiterklasse durchsetzen läßt, richten sich alle Vorschläge über Verwaltungsreformen in erster Linie gegen den Parlamentarismus und die formale Demokratie. Die Entwicklung der letzten Zeit beweist, daß der Herrschaftswille des Trustkapitals, der neudeutsche Imperialismus und die innenpolitischen Voraussetzungen dieser Politik mit ihren Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse immer mehr in Widerspruch geraten zur formalen Demokratie, wie sie die Verfassung von Weimar schuf. Die Bourgeoisie schließt sich entschlossen an, selbst diese Weimarer Verfassung abzubauen.

Die Denkschrift enthält in ihrer Einleitung neben einer interessanten Gesandnisse. Es wird ausdrücklich betont, daß die sächsische Verwaltungsreform nur die Vorstufe einer allgemeinen Verwaltungsreform sein könne. Auf eine Reform der Reichsgesetzgebung warten zu wollen, würde jedoch einer Vertagung der Reformfrage auf unbestimmte Zeit gleichkommen. Mit dieser Feststellung erhält das demagogische Geschwätz der reformistischen Nachkläpper des Trustkapitals über den Einheitsstaat einen harten Stoß. Es ist charakteristisch, daß die Denkschrift der Frage des Einheitsstaates überhaupt ausweicht. Die Tendenz der Denkschrift läßt jedoch erkennen, daß ihre Hintermänner dem Einheitsstaat durchaus nicht freundlich gegenüberstehen. Ueber den finanziellen Erfolg der Verwaltungsreform bezeugt die Denkschrift stärksten Pessimismus. Es wird darauf hingewiesen, „daß der überhaupt mögliche finanzielle Erfolg der Verwaltungsreform sehr erheblich überschätzt zu werden pflegt“.

Nach bewährtem Muster fordert der Verfasser der Denkschrift als Voraussetzung für die Durchführung seiner Reformvorschläge ein Ermächtigungsgesetz für die Bürgerblockregierung. Der Landtag soll die Regierung zur Durchführung der Verwaltungsreform ermächtigen und auf seine Mitwirkung freiwillig verzichten. Es versteht sich von selbst, daß die Bürgerblockregierung mit diesem Ermächtigungsgesetz eine Verwaltungsreform durchführen würde, die in ihren Wirkungen die untere Beamtenklasse am härtesten treffen würde. Der Beamtenabbau auf Grund der Ermächtigungsgesetze 1923/24 liefert für die Sparmaßnahmen des Großkapitals die beste Illustration.

Auf der Linie einer weiteren Einschränkung des Parlamentarismus und der formalen Demokratie liegt auch der Vorschlag, den Artikel 43 der sächsischen Verfassung zu ändern. Danach soll der Landtag eine Überziehung einzelner Etatkapitel nur mit Zweidrittelmehrheit beschließen können, wenn ein Einspruch der Regierung vorliegt. Daß die Regierung nur immer dann Einspruch erhebt, wenn es sich um Ausgaben im Interesse der breiten Masse handelt, liegt im Wesen des kapitalistischen Systems. Außerdem wird eine Erweiterung der Etatperiode gefordert. An Stelle der bisherigen einjährigen Etatperiode ist die Aufstellung des Etats aller zwei bis drei Jahre vorgesehen. Der Landtag soll lediglich Abänderungs- und Ergänzungspläne jährlich beraten. Schließlich kehrt auch der alte Vorschlag wieder, die Zahl der Landtagsabgeordneten zu verringern. Ein Antrag, den die demokratische Partei in dieser Richtung bereits einmal gestellt hatte, wurde abgelehnt. Es wurde damals bereits darauf hingewiesen, daß

### In 15 Tagen Zunahme um 250 000

M. Berlin, 28. Dezember.

Umfluch wird mitgeteilt:

Die Arbeitslosigkeit hat in der ersten Hälfte des Monats Dezember weiter zugenommen, wobei die starke Kälte und die dadurch bedingte Unterbrechung fast jeglicher Außenarbeit eine große Rolle spielte. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung liegt von rund 605 000 am 30. November auf 831 000 am 15. Dezember, also um 226 000 oder 37,4 Prozent. Der Zuwachs entfällt in der Hauptsache auf die männlichen Arbeitslosen, deren Zahl von rund 507 000 auf 709 000 also um 202 000 zunahm. Bei den weiblichen Arbeitslosen betrug die Steigerung nur 24,4 Prozent. Die Zahl der Reisenunterstützten nahm im gleichen Zeitraum um rund 24 000 (von 147 000 auf 171 000) oder um 16,6 Prozent zu. Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen ist somit von 750 000 auf rund 1 Million gestiegen (davon 150 000 Frauen). Die Zunahme beträgt also insgesamt rund 250 000 oder 33,3 Prozent.

In diesen amtlichen Ziffern ist die riesige Zahl der Nichtunterstützten nicht inbegriffen. Zu den amtlich gemeldeten unterstützten Erwerbslosen sind noch die Arbeitslosen hinzuzurechnen, die weder aus der Arbeitslosenversicherung noch aus den Mitteln der Reisenfürsorge Unterstützung erhalten und deshalb der Wohlfahrtspflege der Gemeinden zur Last fallen. Nicht eingerechnet sind ferner die saisonmäßigen Arbeitslosen des Bergwerkes, die auf Grund der bekannten Verordnung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 2. Dezember auf drei bzw. zwei Wochen keine Unterstützung erhalten, so daß die Gesamtzahl der auf der Straße liegenden Arbeitslosen mit etwa 1 1/2 Million beziffert werden muß. Das gewaltige Anschwellen der Arbeitslosenziffern kennzeichnet die Labilität der deutschen kapitalistischen Wirtschaft und rechtfertigt die Haltung der Kommunisten, die fortgesetzt auf die relative Stabilisierung des Kapitalismus hingewiesen haben. Das Abendrot des Konjunkturenhimmels verbläht. Eine neue schwere Krise zieht heran.

Auch das sächsische Landesamt für Arbeitsvermittlung muß in dem heute veröffentlichten Bericht über die Arbeitsmarktlage der letzten Woche erklären, daß der Zugang an

Arbeitsuchenden, vor allem aus den Außenberufen alle Erwartungen übertroffen hat. Zahlen nennt der Bericht des Landesamtes vorsichtigerweise nicht, kann aber trotz aller gemündeten Redensarten nicht verschleiern, daß auch in der Industrie die Arbeitslosigkeit in raschem Tempo wächst. In der Schwarz- und Holzindustrie, im Bäckergewerbe, in der Zigaretten- und in papierverarbeitenden Industrien wurden Arbeitskräfte in starkem Maße abgestoßen. In der Metallindustrie ist das Angebot an Arbeitskräften dauernd stark.

Der Bericht des Landesamtes gibt in äußerst vorsichtigerweise das starke Anschwellen der Arbeitslosigkeit und das Einsetzen der Wirtschaftskrise zu. Noch vor einigen Wochen erzählte die sozialdemokratische Presse ihren Lesern unter der Schlagzeile, „Die Arbeitslosen verschwinden“, daß sich die Wirtschaftslage bessere. Jetzt offenbart sich der Verrat dieser reformistischen Illusionen. Selbst der immer schönfärbende Vorwärts muß in seiner heutigen Morgenausgabe zugeben: „Das Gespenst der Arbeitslosigkeit taucht auf. Wir glauben, daß es gebannt werden könnte, aber wir wissen nicht, ob es gebannt werden wird.“ So hilflos stammeln die Reformisten. Als die Arbeiterklasse während der besten Konjunktur in den Betrieben war, als die Unternehmer mit Aufträgen überhäuft waren, als alle Vorbedingungen für einen siegreichen Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung gegeben waren, da predigten gerade die Reformisten Tag für Tag, daß jeder große Streik die Konjunktur bedrohe und Arbeitslosigkeit mit sich bringen könnte. Jetzt ist die Arbeitslosigkeit da. Der Achtstundentag ist nicht erobert. Die Arbeiter haben durch den Schiedspruch des SPD-Schlichters den 10-Stundentag und lumpige Pfennigzulagen auf dem Halbe und stehen vor neuem, ungeheurem Elend. So wird die Niederlagenstrategie der Reformisten für die gesamte deutsche Arbeiterklasse fühlbar und sichtbar.

Die Schlussfolgerungen liegen auf der Hand: Gerade weil neue Massenarbeitslosigkeit droht, gerade deshalb und sofort Organisierung des Kampfes gegen den Bürgerblock und das Trustkapital, Organisierung des Kampfes um den Achtstundentag und höhere Löhne, gerade deshalb jetzt Durchsetzung des Metallarbeiterkampfes im Ruhrgebiet. An Stelle der reformistischen Abwägung Mobilisierung der Arbeiter in allen Gewerkschaften und Betrieben zum Kampf gegen den Bürgerblockrichtstag und seine Bürgerblockregierung, gegen das rationalisierende Trustkapital mit seinen Hungerlöhnen und seiner mörderischen Akkordarbeit, für den Achtstundentag und Lohnerhöhungen.

in Sachsen die Abgeordnetenzahl in ihrem Verhältnis auf die Gesamtbevölkerung niedriger ist wie in anderen Ländern.

Bei der Prüfung der finanziellen Ergebnisse der Staatsbetriebe verpackt oder verkauft werden müssen. Das ist eine alte Forderung der bürgerlichen Parteien. Begründet wird dieser Standpunkt damit, daß die Bewirtschaftung von Gütern und Werken keine Aufgabe des Staates sei. Die Denkschrift spricht natürlich nicht offen von einer Auslieferung der Staatsbetriebe an die Privatkapitalisten. Sie tut das in der Alternative: entweder die Betriebe tragen sich selber oder werden verkauft. Der Staat hat das Geld hineingesteckt und Unternehmer selber sich dann die Hände.

Es ist kein Zweifel, daß im Behördenapparat des Staates eine große Ueberorganisation vorhanden ist. Selbst vom Standpunkte des kapitalistischen Staates läßt sich auf diesem Gebiete mit Vereinfachung der Verfahren und Verkürzung des Instanzenzuges sehr viel verbessern. Wie überall im Klassenstaat, so kommt es naturgemäß auch hier darauf an, welche Klasse den Staatsapparat ausbaut und beherrscht. Die Vorschläge der Denkschrift über die Vereinfachung des Verwaltungskörpers sind mehr als dürftig. Man muß wissen, daß der Aufbau der sächsischen Staatsverwaltung in seiner gegenwärtigen Form auf das ehrwürdige Alter von 100 Jahren zurückblickt. Unter dem Einfluß der Pariser Juli-Revolution erzwang sich im Jahre 1831 auch das sächsische Bürgertum eine Verfassung. Aus jener Zeit stammt die Gliederung der sächsischen Staatsverwaltung. Ihre Urkunde ist die Verordnung über die Einrichtung von Ministerial-Departements vom 7. November 1831. Während bis zum heutigen Tage die wirtschaftliche und technische Entwicklung einen gewaltigen Aufschwung durchgemacht hat, trotzt der sächsische Amtschimmel immer noch im Geiste „König Anton des Gütigen“. Nach der Denkschrift sollen die bisherigen 7 Ministerien auf 5 abgebaut werden. In Wegfall kommen sollen das Arbeits- und Wohlfahrts-

ministerium und das Wirtschaftsministerium. Die sächsische Staatszeitung, das Organ der Bürgerblockregierung, erhebt im Interesse der Koalitionsparteien gegen diesen Vorschlag an erster Stelle Widerspruch. Die mittleren Staatsbehörden gliedern sich in Sachsen in Kreis- und Amtshauptmannschaften. Das entspricht der preuß. Provinzialgliederung. Die 5 bestehenden Kreishauptmannschaften sollen auf 3 herabgesetzt werden. Die Kreishauptmannschaften sind Aufsichtsgremien, die im Interesse des Staatsapparates auf die Gemeinden drücken. Die Arbeiterklasse hat an ihrer Erhaltung keinerlei Interesse. Diese Brutstätten der höheren Verwaltungsbureaucratie müssen samt und sonders beseitigt werden. Sachsen gliedert sich weiter in 28 Amtshauptmannschaften. Von diesen sollen lediglich 4 eingezogen werden. Die Denkschrift ist also für die Beibehaltung der staatlichen Ober- und Mittelbehörden. Im Interesse der Arbeiterklasse liegt die Vereinfachung der Kreishauptmannschaften, die Neugliederung und Reorganisation der Amtshauptmannschaften als Gemeindeverbände und vor allen Dingen Erweiterung des Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinden. In dieser Linie werden auch die Anträge der kommunistischen Landtagsfraktion laufen, wenn sich die Denkschrift des Staatsrechnungshofes zu einer Regierungsvorlage verbläht.

Wie bereits oben erwähnt, unternimmt die Denkschrift einen Vorstoß gegen das Berufsbeamtentum. Stärkung der oberen Bureaucratie auf der einen Seite, Abbau der unteren Beamten auf der anderen. Wenige, aber gutbezahlte Beamte, ist die Losung des Geheimrats Schied. Von größter Wichtigkeit für die breiten Schichten der Bevölkerung ist die Stellung der Denkschrift zur Wohlfahrtspflege und zum Schulwesen. Es wird offen Stellung genommen gegen die Wohlfahrtsausgaben und Wohlfahrtsauschüsse. Gegen die Durchführung der sächsischen Lehrerbildung wird ebenfalls Front gemacht. Es heißt hierzu:

„Ebenso zeigen die Ausgaben für Wohlfahrtspflege eine fortgesetzte steigende Tendenz. Dazu, ob die Finanzlage eine



# „Zoffes Abschiedsbrief“

## „Kämpfer des Bolschewismus von Bolschewiken zu Tode gequält“

berartige Entlohnung zulässt und unter dem Zwange der Verhältnisse nicht auch Staatsleistungen eingeschränkt werden müssen, die heute noch als unantastbar angesehen werden, wie letztere der Regierung Stellung zu nehmen ist.“

Als erstes fordert die Denkschrift Abbau der Wohlfahrtsauschüsse und Verminderung der Wohlfahrtsausgaben, Abbau des Regierungsapparates und Verwirklichung der Bedingungen im Bereich der höheren Schulen.

Die Vorschläge über die Umgrenzung der Aufgabengebiete der einzelnen Ministerien sowie der oberen und mittleren Staatsbehörden bezwecken samt und sonders eine Verstärkung des Machtapparates. Das kommt besonders zum Ausdruck beim Innen- und Justizministerium.

Für die Arbeiterklasse bedeutet die Durchführung der Vorschläge der Denkschrift nichts anderes als eine Stärkung der Machtstellung der Bürgerblockregierung. Unwesentliche Vereinfachungs- und Vereinfachungsvorschläge sollen nur dazu dienen, um die breite Masse der Bevölkerung über die Konzentration der Staatsgewalt zu täuschen. Der Sparkommissar der Bürgerblockregierung vermeidet bewußt die Aufzählung aller der Positionen, an denen wirklich gespart werden könnte. Um so mehr wird es Aufgabe der Arbeiterklasse sein, die ungeheuren Mittel der Unternehmerorganisationen und des kapitalistischen Staates für Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft nachzuweisen. Die Arbeiterklasse muß den Kampf um die Verwaltungsreform führen als Kampf gegen den kapitalistischen Staatsapparat. Sie muß sich dabei bewußt sein, daß die Interessen der werktätigen Massen nur mit der Zerschlagung des kapitalistischen Machtapparates befriedigt werden können und daß die Geburtsstunde des Sowjetstaates, der der Staat aller Werktätigen sein wird, gleichzeitig auch die Geburtsstunde des deutschen Einheitsstaates sein wird.

## Die Hehe gegen die UGSR

Die „linke“ Dresdner Volkszeitung bemüht sich gestern wieder einmal festzustellen, daß in Sowjetrußland gar kein Sozialismus vorhanden sei. Zwar muß sie zugeben, daß in der Industrie der Kapitalismus und die private Industrie nicht hochkommen. Dafür zieht sie die alte Wolze von den privatkapitalistischen Bauern auf. Neue Argumente weis die Volkszeitung nicht zu bringen. Sie entsteht nur in geschäftiger Weise, was von den Kommunisten und Bolschewiken selbst zu hunderten Malen festgestellt ist.

In allen Feststellungen, allen Proklamationen, allen Diskussionen u. Artikeln erklären wir nicht mehr als daß die Sowjetunion sich auf dem Wege zum Sozialismus befindet. Das kann für die Industrie selbst eine solche hartnäckige Verleumdung wie die sozialdemokratischen Führer sie sind, nicht mehr abgegriffen werden. Wie liegen nun die Dinge auf dem Lande. Gemäß, war der russische Bauer, und zum großen Teil ist er es noch, ein individuell eingestellter Privatbesitzer. Der Mangel an landwirtschaftlichen Produktionsmitteln führte zu Schwierigkeiten. Die Hebung der Dorfarmut war eine gigantische Arbeit. Aber auf dem Dorfe schreitet die Sowjetunion ebenfalls zum Sozialismus. Hier geht der Weg über die vom Staate unterstützten Genossenschaften. Diese Bildung der Genossenschaften hat sehr große Bedeutung nach zwei Seiten. Die in den Genossenschaften zusammengeschlossenen armen Bauern bilden einen gewaltigen Dammbau gegen die Großbauern, durch den Zusammenbruch wird aber auch der Gedanke der Kollektivarbeit bei den Bauern geweckt.

So bedeutet jede Genossenschaftsgründung einen Schritt zur Überwindung der privatkapitalistischen Einstellung, einen Schritt zum Sozialismus. So schreibt selbst die Volkszeitung, daß sich die Genossenschaften von 1918 von 950 bis 1926 auf 12099 vermehrten. Schon diese Zahlen beweisen, daß die Prinzipien der Sowjetunion sich auf dem Lande verwirklichen. Die SPD versucht jetzt diese Genossenschaften zu diskreditieren, in dem sie sie als Kleinbürgerlich wie in Deutschland bezeichnet. Es ist wirklich nicht notwendig auf diese Bemerkung einzugehen. Auch sparen wir uns, auf die Bemerkung über die Arbeiter- und Bauernregierung besonders zu antworten. Das Agrarprogramm der deutschen Sozialdemokraten zeigt ja, daß diese an der Seite der deutschen Großgrundbesitzer stehen und deswegen eine Differenzierung nicht machen dürfen.

Im übrigen weist heute die gesamte Arbeiterklasse, daß die Sozialdemokraten alles, was die Sowjetunion unternimmt, von den Kapitalisten in der behäuflichsten Weise heruntergemacht wird. Jeder Arbeiter weiß, es spricht aus jeder Silbe der Sozialdemokraten über Ausland der Hohn der Knegeuten und Verräter.

An einer anderen Stelle der gestrigen Ausgabe mokiert sich die Volkszeitung darüber, daß die Vertreter der russischen Staatsbank nach Berlin gekommen, um über Auslandsdarlehen zu verhandeln und daß sie den Privatbanken Neujahrsgrüßwünsche

So überschreibt der Vorwärts die Veröffentlichung eines Briefes, geschrieben aus in russischen Wäldern, von Zoffe vor seinem Tode an Trotski geschrieben haben soll. Immer bereit, Leidenkleberei an gemordeten oder verurteilten Revolutionären zu treiben, verneint das Zentralorgan der sozialdemokratischen Schande in Deutschland keine Veröffentlichung mit ähnlichen Bemerkungen, wie erschlatternd die Einzelheiten von Zoffes Abschiedsbrief seien usw. Dabei gibt der Vorwärts zu, daß der von ihm als Zoffes Abschiedsbrief veröffentlichte Brief von keiner Redaktion noch gekürzt wurde. Schon diese Kürzungen würden die Authentizität des Briefes ausheben. Aber gegen die Echtheit, mindestens gegen die richtige Wiedergabe wichtiger Stellen des vorliegenden Briefes, wenn dies selbst der Brief Zoffes wäre, sprechen — es sei im Interesse des Andenkens des ehemaligen Revolutionärs Zoffe geht — noch einige andere wichtige Gründe. Zunächst: Zoffe hat tatsächlich vor seinem Selbstmord einen Brief an Trotski geschrieben, der Trotski auch in einem Exemplar ausgehändigt wurde. Es wäre durchaus möglich, daß Trotski in seinem Kampf gegen die Partei auch diesen Brief mitbrachte. Jedenfalls ist bemerkenswert, daß die Vorwärts-Veröffentlichung dem antibolschewistischen Organ „Bulletin Communiste“, des Freundes Trotskis, Souwerins, entnommen ist. Aber ohne entscheiden zu wollen und zu können, ob der Vorwärts aus dieser Quelle, von Trotski nämlich, stammt, so ist zunächst zu bezweifeln, daß von Trotski dieser Text stammt.

Oder soll man, um nur ein Beispiel anzuführen, annehmen, daß ein früherer Revolutionär, wie Zoffe es war, auf seinem Totenbett sich darüber beklagt, daß „die Revolution“ ihn seines „Vermögens“ beraubt hat? Zoffe war zwar immer Trotskist, in den letzten Jahren besonders hart intellektuell und kleinbürgerlich eingestellt und in der letzten Zeit ein ganz schwer nervenkranker Mann (daher auch der Selbstmord). Dennoch ist es auch unter diesen Verhältnissen völlig unwahrscheinlich, daß seine oppositionelle Stellung und seine Kränklichkeit ihn bis zur gegenrevolutionären Verirrung, wie sie aus dem Zitat zu ersehen ist, getrieben hat.

Deshalb kann man auf den Inhalt des Schriftstückes vorläufig nicht näher eingehen. Erst muß festgestellt werden, was wirklich in Zoffes Brief steht.

Aus dem vorliegenden würde allerdings nur hervorgehen, daß Zoffe als Gegenrevolutionär gestorben ist, es würde weiter daraus hervorgehen, wie lächerlich der Vorwärts daneben hat,

gehandelt haben. Wenn die SPD nicht die Arbeiter verraten, den Kapitalisten nicht die Macht zugelassen hätte, würden die Vertreter der UGSR sicherlich mit großer Freude mit den Banken eines Arbeiterstaates verhandeln. Die Fiktion des Sowjetstaates bedeutet aber seine Schwierigkeiten vergrößern, deswegen muß er mit dem Privatkapital handeln.

Auf der ersten Seite verkündet die Volkszeitung, daß sich in der Sowjetunion eine zweite Partei gebildet habe. Diese Freude der SPD wird, falls die Nachricht überhaupt stimmt, von kurzer Dauer sein.

## Reformistische Sorgen

nicht um Währungsrecht und höhere Löhne — sondern um die Konkurrenzfähigkeit der Kapitalisten

Berlin, 29. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fand eine Konferenz der freigewerkschaftlichen Funktionäre der gemeinnützigen Unternehmungen statt. Dort erklärte Kardt vom ADGB in seinem einleitenden Referat folgendes: „Die gewerkschaftliche Auffassung über den Wirtschaftsverlauf nach der Rationalisierung hat sich als durchaus richtig erwiesen. Die deutsche Wirtschaft vermag sich nur voll zu behaupten, wenn sie sich den modernen Produktionsbedingungen anpaßt und in jeder Beziehung konkurrenzfähig wird.“ Das Vorstandsmitglied des ADGB, der Delegierte der Weltwirtschaftskonferenz, proklamiert hier also in dürren und nackten Worten ein 100prozentiges Schorfmaschenprogramm, wie es von Klöckner und Hilferding auch nicht besser formuliert werden könnte. Der heutige Vorwärts bringt in einem langen Bericht über diese Konferenz auf der ersten Seite gerade den letzten oben zitierten Satz in Fettdruck als einzigen Satz des ganzen Berichts. Daraus kann man sehen, welche Wichtigkeit die Vorwärtsredaktion der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Traktorkapitals beimißt. Um den Währungsrecht, um höhere Löhne, um den Kampf für die Beseitigung des Zoll- und Steuerwuchers macht sich die Sozialdemokratie bekanntlich wenig Sorge.

wenn er von „Kämpfern des Bolschewismus“ spricht, die von Bolschewiken zu Tode gequält wurden“, es würde weiter daraus hervorgehen, daß Zoffe sich völlig unvorsichtig, wenn er von der verlogenen Silbe spricht, während aus dem Brief selbst hervorgeht, daß die russische Parteiführung ihm Gelegenheit gegeben hätte, beispielsweise gegen hohe Auslandsgehälter keine Memoren zu veröffentlichen, wenn er diese Veröffentlichung nur der selbstverständlichen Kontrolle der Partei unterworfen hätte. Daß die Parteiführung außerdem bis zum letzten Augenblick bereit war, zur Wiederherstellung Zoffes außerordentlich hohe Summen bereitzustellen, Tausend Dollar noch unmittelbar vor seinem Selbstmord.

Der vorliegende Text enthält eine politische Stellung von größter Bedeutung. Wenn sie echt ist, so würde sie allerdings beweisen, daß das ganze Geschwätz der Opposition vom orthodoxen Leninismus-Maximus von ihren Führern selbst ab absurdum hingestellt wird. Die Stelle lautet:

„Politisch hatten Sie (Trotski) immer recht seit 1905, und wiederholt habe ich erklärt, daß ich mit eigenen Ohren gehört habe, wie Lenin bekannte, im Jahre 1908 hätte nicht er recht gehabt, sondern Sie. Man läßt nicht vor dem Tode. Ich wiederhole es Ihnen jetzt, doch Sie haben sich häufig von der eigenen Folgerichtigkeit losgelöst zugunsten eines von Ihnen überschätzten Kompromisses. Das war — ein Fehler. Ich wiederhole, politisch hatten Sie immer recht, und jetzt haben Sie mehr recht, denn je. Einst wird die Partei es verstehen, und die Geschichte wird es ohne Zweifel würdigen.“

Durch diese Stelle solidarisiert sich Zoffe nicht nur vollkommen mit dem Trotskismus, sondern er stellt fest, daß Trotski seit 1905 immer recht gehabt habe, während Lenin sich irrt. Mögen die orthodoxen Leninisten — immer vorausgesetzt, der Brief sei wenigstens in diesem Punkte echt — noch einmal kommen und als Verteidiger des Leninismus auftreten. Dieser Brief ist einer der zahlreichen, allerdings einer der unerschütterlichsten Verleumdungen, die theoretischen Grundlagen der bolschewistischen Partei und der Komintern, den Leninismus zugunsten des Trotskismus zu erledigen. Wenn Trotski diesen Brief ohne Kommentar seinen Reaktionsfreunden zur Veröffentlichung überläßt, so beweist er damit nur, daß er endgültig sich vom Leninismus getrennt hat. Eine bessere Erklärung Trotskis und der gesamten trotskistischen Opposition könnte es nicht geben.

## Futterkrippen für Arbeitervertreter

Wie die Dresdner Volkszeitung mitzuteilen weiß, ist für den Posten des Dresdner Amtshauptmannes der ehemalige ASP-Wirtschaftsminister Hermann Müller, Leipzig, vorgeschlagen. Bisher wurde für diesen Posten der letzte Arbeitsminister Eisner genannt.

Die sächsische Bürgerblockfraktion bezahlt die Vertretereien dieser altsozialdemokratischen Handlanger der Reaktion mit einer neuen Futterkrippe. Mit Müller dürfte nun bald der letzte bekannte ASP-Mann untergebracht sein. Seine früheren Mitarbeiterkollegen wurden schon bedeutend früher abgefunden. Hermann Müller, der schon während seiner Ministerherrschaft nicht als großes Licht angesehen wurde, dürfte an der Futterkrippe der Amtshauptmannschaft erst recht keine Rechte sein, wozu auch, zu einem ausführenden Organ der reaktionären Feldregierung ist dieser würdige Vertreter der politisch-korrupten Verräterpartei schließlich doch am rechten Platze.

## Verhandlungen in der sächsischen Hüttenindustrie

Dresden, 28. September. (Telunion.)

Die Verhandlungen, die heute im Arbeitsministerium in der Angelegenheit der Arbeitszeit und damit zusammenhängenden Fragen in der Hüttenindustrie stattgefunden haben, sind noch nicht beendet. Sie werden morgen 9.30 Uhr fortgesetzt werden.

## Die Phöbus-Skandalaffäre

Berlin, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Die Bürgerblockregierung stellt sich auch weiterhin in jeder Beziehung schützend vor die Hintermänner der Phöbus-Skandalaffäre. Nachdem der Sparkommissar Saemisch den Reichstagstag Marx unterrichtet und dieser seinerseits die Reichstagspartei-führer natürlich mit Ausnahme der Kommunisten über das Ergebnis der Untersuchung informierte, hat man in der Öffentlichkeit bisher noch nichts über die Ergebnisse der Untersuchung und der Verschleuderung von 10 Millionen Steuergeldern erfahren.

Die Tägliche Rundschau wendet sich in ihrer heutigen Abendausgabe in der schärfsten Weise gegen die „Aufbauung“ der Phöbusaffäre, durch die Linkspresse, in dem sie schreibt: „Zunächst einmal ist der Bericht des Sparkommissars Saemisch noch nicht abgeschlossen, kann also schon aus diesem Grunde nicht veröffentlicht werden... Die Linke verlangt, über die Information der Parteiführer hinaus eine offene parlamentarische Behandlung dieser Angelegenheit und stellt in Aussicht, der Reichstag werde die Veröffentlichung dieses Berichts erzwingen. Dem gegenüber braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß diesem drohenden Hinweis der Linkspresse die parlamentarischen Nachterhältnisse in keiner Weise entsprechen. Im Reichstag wird die Mehrheit darüber zu entscheiden haben, wie diese Frage behandelt wird, und dabei wird weder den Sozialdemokraten, und erst recht nicht den Demokraten eine entscheidende Stimme zu fallen.“

Im übrigen eignet sich diese Angelegenheit durchaus nicht als Agitationsobjekt gegen die gegenwärtige Regierung. Die Maßnahmen, die in Betracht kommen, fallen nicht der Verantwortung der gegenwärtigen Regierung zur Last, sondern erstrecken sich zurück in Zeiten, in denen eine andere Regierung am Ruder war. Das gegenwärtige Kabinett befindet sich, wenn man so sagen will, in der Rolle des Staatsanwaltes, der die nötige Aufklärung zu schaffen hat.“

Die Neuherung der Täglichen Rundschau über die Verantwortlichkeit früherer Regierungen für den Phöbus-Skandal ist außerordentlich interessant und werden sich vornehmlich die SPD-Führer über ihre frühere Tätigkeit in der Reichsregierung usw äußern müssen.

## Die Schifffahrt auf der Unterelbe durch Eisgang behindert

II. Glückstadt, 28. Dezember. Auf der Unterelbe bei Glückstadt ist die Schifffahrt durch das starke Treibeis sehr behindert. Selbst große Dampfer können sich nur mit Mühe ihren Weg durch die Eismassen bahnen. Die Eisbrecher sind unausgelenkt damit beschäftigt, die Fahrtrassen offen zuhalten. Große Scharen von Wildgänsern und nordischen Tauchenten beleben die vereiste Elbe.

Weiterdienst für 29. und 30. Dezember. Zunächst noch heiter, später auch wollig, Fortdauer des Frostwetters, höchste Gebirgslagen zufolge Temperaturumkehr mit der Höhe Witterung des Frostes, Nachland mäßige, höhere Lagen lebhafter Winde, östlicher Richtungen.

## Die Hungersnot und Kommunistenmorde in China

London, 28. Dezember. (Telunion.)

Nach Befängter Meldungen sind in der Provinz Schantung etwa 4 Millionen Chinesen dem Hungertode nahe. In 25 Bezirken von insgesamt 107 beträgt die Ernte weniger als 10 Prozent. Eine große Anzahl von Bauern leben bereits von Baumrinde und Blättern. Lokale Regierungsbeamte führen die Hungersnot vorwiegend auf Naturereignisse zurück, während man in ausländischen Kreisen das Banditenunwesen und den Zivilkrieg, sowie die Lasten der Besteuerung dafür verantwortlich macht.

## Zahlreiche Kommunistenverhaftungen in Peking

Peking, 28. Dezember. (Telunion.)

Wie die chinesische Telegraphenagentur mitteilt, wurden gestern von der Peking Polizei zahlreiche Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen. Die Zahl der Verhafteten wird mit über 60 angegeben. Auch in der nördlichen Mandchurei wurden Verhaftungen vorgenommen. Als Grund für dieses Vorgehen wird angegeben, daß die Kommunisten einen neuen Aufstand in der Nähe von Peking beabsichtigt hätten. In der Provinz Schantung werden neue große Unruhen erwartet. Sämtliche chinesische und ausländische Banken haben ihre Filialen in der ganzen Provinz geschlossen. Die in Schantung anwesigen Japaner fordern sofortiges Eingreifen der japanischen Regierung.

## Neue Außenverhaftungen in China

Kowno, 29. Dezember. (Telunion.)

Wie aus Moskau gemeldet wird, soll der Vertreter der Tsang-Regierung in Schanghai verhaftet worden sein. In Hankau wurden der Bizekonsul Grah und der Handelsvertreter Mellamei festgenommen. Sie sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Das russische Konsulat in Hankau ist niedergebrannt, das japanische Konsulat in Tschangtschi ist zerstört. Vor der Verhaftung des Generalkonsuls in Schanghai durch die Deutschen hat

General Pan eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Einzelheiten hierüber fehlen indessen noch.

## Verstärkung der Lage in Kanton

Peking, 28. Dezember. (Telunion.)

Nach Meldungen aus Schanghai haben die Militärbehörden alle für die Bekämpfung des kommunistischen Aufstandes nötigen Maßnahmen ergriffen. Geister wurden 31 Kommunisten enthaupet. Wie die Kantonischer Telegraphenagentur mitteilt, haben die Truppen des Generals Fung in Stärke von 40.000 Mann den Gelben Fluß überschritten. In der Provinz Tschili hat Fung die Stadt Taonanju besetzt. Marschall Tschangtschi soll sich mit der Absicht tragen, zu Informationszwecken nach Kanton zu reisen.

## Haftbefehl gegen die französischen Genossen

Paris, 28. Dezember. (Telunion.)

Entgegen der bisherigen Annahme, daß die kommunistischen Abgeordneten Cassin, Doriot, Marixh und Duclos, die bei Beginn der Parlamentsferien Paris verlassen haben, zur Weiterverbüßung ihrer Freiheitsstrafe nicht verhaftet werden würden, hat heute die Generalstaatsanwaltschaft, die Pariser Geheimpolizei beauftragt, Nachforschungen nach dem Verbleib der Abgeordneten anzustellen.

## An unsere Ko-Portiere!

Wir richten an unsere Genossen nochmals das dringende Ersuchen, den Monat Dezember in den nächsten Tagen voll abzurechnen. Allen Genossen muß es heilige Pflicht sein, teurerlei Ausgrenzungen ins neue Jahr zu übernehmen. Die Verlagsgesellschaft.



# Die Hungertatstrophe von Hunderttausenden

Gewerkschaftliche Weihnachtsgeschenke für Erwerbslose — Ueber 20 Goldmillionen Versicherungsbeiträge werden nicht ausgezahlt!

Von E. Steffen, Berlin.

Die Bekanntmachung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt, daß in Zukunft die sogenannten Saisonarbeiter eine zwei- und dreimonatige Wartzeit durchzumachen haben, hat eine ungeheure Empörung in der Arbeiterschaft ausgelöst. Raum war durch Ausschlag auf den Arbeitsmarkt und durch die kommunalistische Presse die Verfügung veröffentlicht — bezeichnenderweise haben die sozialdemokratischen und bürgerlichen Zeitungen gar nicht oder in ein paar Worten auf die Verfügung hingewiesen — und schon nahmen die Arbeiter in allen Teilen des Reiches auf Bauen, in den Betrieben und in den Erwerbslosenvereinsammlungen hierzu Stellung. Überall wurden Protestresolutionen und Anträge angenommen, die die Aufhebung der Verfügung verlangten und in einzelnen Kommunen und Länderregierungen fanden die Anträge der kommunalistischen Fraktionen auf Beteiligung dieser Schandverordnung zur Beratung.

Noch hat die Welle der Empörung ihren Höhepunkt nicht erreicht. Aus dem Protest ist noch kein Kampf geworden. Noch sind Millionen von Arbeitern über die Bedeutung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und dieser Ausnahmebestimmung im Unklaren. Die Reichsanstalt, das Organ der Bürgerblockregierung und der Bourgeoisie, glaubt, daß die erste Empörungswelle abebben wird und daß die im Laufe der nächsten Wochen und Monate erwerbslos werdenden Arbeiter diese Hungerkatastrophe über sich hinwegsehen können. Daß der Protest dieser Hunderttausende von Arbeitern in der augenblicklichen Gegenbewegung steht, ist darauf zurückzuführen, daß der genaue Wortlaut und der wirkliche Sinn dieses Gesetzes über die Saisonarbeiter noch nicht erfaßt worden ist. Unsere Aufgabe besteht darin, anzudeuten, daß es sich hier nicht um einen Vorstoß gegen eine kleine Gruppe hochbezahlter Arbeiter handelt. Als solche werden für gewöhnlich ja die Bauarbeiter und damit unmittelbar zusammenhängende Berufe angesehen. Wir müssen vielmehr ganz systematisch und planmäßig an Hand der Verfügung nachweisen, daß nicht wenige Tausende oder Zehntausende von Arbeitern betroffen werden, sondern Hunderttausende von Männern und Frauen, die zum größten Prozentsatz zu den niedrig entlohnenden Arbeitsträften gehören.

Der Artikel 2 besagt:

„War ein Arbeitsloser in den letzten 12 Monaten vor der Arbeitslosmeldung insgesamt mindestens 6 Monate hindurch in einem Betrieb tätig, der in unmittelbarer Folge von Witterungsverhältnissen alljährlich in der Regel eingeschränkt oder zeitweilig eingestellt wird, so beträgt die Wartzeit für ihn zwei Wochen. Hat die Beschäftigung insgesamt mindestens 8 Monate gedauert, so beträgt die Wartzeit drei Wochen.“

Für Arbeitslose, die in der Zeit des Beschäftigungsrückganges oder -stillstandes anderweitig Erwerbstätigkeit zu übernehmen pflegen, eine solche aber wegen der Ungunst des Arbeitsmarktes nicht finden können, kann der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes die Wartzeit bis auf eine Woche verkürzen. Die Verkürzung darf nicht allgemein, sondern nur für einzelne Teile des Landesarbeitsamtsbezirktes und für einzelne Berufsgruppen ausgesprochen werden.“

Diese Bestimmung richtet sich also in erster Linie gegen die Bauarbeiter und verwandten Berufe, darüber hinaus gegen die Gärtner und Arbeiter der landwirtschaftlichen Betriebe, also Arbeitergruppen, deren Arbeit mehr oder weniger von den Witterungsverhältnissen abhängt. Wieviel Arbeiter davon betroffen werden, läßt sich nur schätzungsweise angeben. Die Zahl von 500 000 ist aber bestimmt nicht zu hoch gegriffen. Grund genug also, um aufs nachdrücklichste die Aufhebung der Verordnung zu verlangen. Es ist bezeichnend, daß die Sozialdemokratie, wo über diese Frage diskutiert wird, so z. B. in Kiel, in Sachen und in anderen Orten, die Auffassung vertritt, daß dieser Teil der Saisonarbeiter genügend hohe Verdienste haben, und daß es ihre Pflicht gewesen wäre, für die Zeit der Not vorzubauen. Diefelben sozialdemokratischen Führer wagen es aber, die im Sommer gerade diesen Teil der Saisonarbeiter zur Zustimmung zu dem Gesetz bewegten, angeblich deswegen, weil durch die Versicherungspflicht, durch die Stellung der Unterstützung nach dem Einkommen gerade die Saisonarbeiter gegen Hunger und Elend geschützt sind.

Die Brutalität der Verordnung wird in ihrem ganzen Ausmaß im Artikel sichtbar. Es heißt dort:

„Für Arbeitslose aus Betrieben, die in nur unmittelbarer Folge von Witterungsverhältnissen oder aus anderen Gründen alljährlich in der Regel verdrängt oder eingeschränkt, oder zeitweilig eingestellt werden, kann der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes die Wartzeit auf drei Wochen verlängern.“

Während im Artikel 2 eine monatliche Beschäftigungsdauer in einem solchen Betrieb Voraussetzung ist für die zwei Wochen Wartzeit, ist dies in diesem Artikel nicht mehr der Fall. Wird also jemand aus einem Bau- oder ähnlichen Betrieb erwerbslos, und hat er einen Teil seiner Erwerbstätigkeit in einem anderen Betrieb erfüllt, so trifft die Wartzeit auf ihn nicht zu. Ganz anders in diesem Artikel. Hier genügt es, wenn man die letzte Zeit, die zur Erfüllung der Annahmepflicht notwendig ist, in einem Betrieb nach Artikel 3 beschäftigt war, um durch Verfügung des Landesarbeitsamtes keine Unterstützung zu erhalten. Der Kern der Verfügung besteht aber darin, daß es heißt: oder aus anderen Gründen die Arbeit beendet ist. Der Vorwärts, das Sprachorgan der Sozialdemokratie, blüht die Arbeitsämter, die Verfügung nicht loyaler auszuliegen. Wir sind davon überzeugt, daß die RPA hier von einer nicht zu überbietenden Weisheit geleitet sein werden, denn sie werden jeden Fall der Erwerbslosigkeit, wo es nur irgendwie geht, als eine Erwerbslosigkeit auffassen, die ihre Ursache darin hat, daß der betreffende Betrieb in bestimmten Perioden eingeschränkt wird, also ein Saisonbetrieb ist. Unter diese Bestimmungen kann fast jeder Beruf fallen. Vor allem aber die Heimarbeiter und Arbeiterinnen der Konfektions- und Süßwarenindustrie, Spielwaren und Artikel der Luxusbranche. Darüber hinaus gibt es noch eine Unmenge veränderter Produktionsgebiete, die auf bestimmte Saisongeschäfte aufgebaut und mit einer mehr oder weniger regelmäßig wiederkehrenden Betriebsbeschränkung zu rechnen haben. Die Zahl der Arbeiter, die davon betroffen werden, läßt sich nicht überschätzen. Aber eins ist absolut sicher: der schwerwiegendste Teil dieser Proletariat gehört zu den schlechtbezahltesten die zu den untersten Unterstufen des Gesetzes gehören.

Hunderttausende von Männern und Frauen mit ihren Kindern werden in diesen Wochen ohne Unterstützung, ohne Lebensmittel eine gemaltene Hungertatstrophe erleben.

Es ist das Weihnachtsgeschenk der Gewerkschaftsbureaus, das sie erhalten. Sozialdemokraten und Deutschnationale haben im Reichstag diesem Gesetz zugestimmt. Die Führer der freien Gewerkschaften haben in einer Einheitsfrontaktion mit den Deutschnationalen im Verwaltungsapparat der Reichsanstalt den Erfolg über die Hungertatstrophe ausgeartet.

Schätzungsweise spart die Reichsanstalt weit über 20 Millionen, die aus Versicherungsbeiträgen der Arbeiter zusammengekommen sind. Das Geld wird in Form von billigen Krediten zweifellos den Unternehmern zufließen.

Unsere Aufgabe besteht darin: den Kampf gegen die Verordnung nicht isoliert zu führen.

Es zeigt sich überall, daß in all den Gewerkschaftsversammlungen, wo noch vor wenigen Monaten die Arbeiter den Gewerkschaftsführern Trauben schenken und sich für das Gesetz begeistern ließen, jetzt in Anträgen und Resolutionen sich gegen das Gesetz wenden.

Wir müssen in allen Gewerkschaftsversammlungen, in allen Mitgliederversammlungen — wir müssen solche mit aller Energie herbeiführen — Stellung nehmen gegen das gesamte Gesetz. Die Verordnung über die Wartzeit, die Bestimmungen über die Krisenfürsorge, die ganze Methode der Handhabung, das Stauentum der Notstandsarbeiter, die Schikanen der Arbeitsämter — das sind die Beweise, um zu fordern, die Beseitigung des Gesetzes. Jetzt, wo die Arbeiter erwachen und sehen, daß sie betrogen worden sind, muß die Mobilisierung gegen das Gesetz und gegen den Verrat erfolgen.

Der Kampf muß die Forderung enthalten, daß die Listen der Erwerbslosenfürsorge vom Unternehmertum zu tragen sind. Bis zur Erreichung dieses Zieles sind alle Kräfte anzuspannen, um durch den gewaltigen Druck der Massenbewegung zu erreichen, daß die Kommunen und Länder zur Beseitigung der Hungertatstrophe die notwendigen Mittel bereitzustellen haben und daß alle Arbeitslosen, die unter den Schandbestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes leiden, die zum Leben notwendigen Mittel zu erhalten haben.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz ist ein Musterbeispiel sozialdemokratischer Verrats an den Interessen der Arbeiter. Diese Partei trägt die alleinige und volle Verantwortung für das Gesetz und seine Auswirkungen. Ein sozialer Vertrag von unerhörtem Ausmaß führt zur Verelendung von Millionen Proletariats und nur im revolutionären Klassenkampf werden die Existenzbedingungen für das Proletariat geschaffen. Mobilisiert daher die Massen zum Kampf!

# Die Schrecken des chinesischen Imperialismus

Die Times über das furchtbare Los der Bauern im Bürgerkriegsgebiet

Die Times vom 23. d. M. bringen einen ausführlichen Bericht ihres Peking-Korrespondenten, der furchtbare Einzelheiten über das schreckliche Los der Bevölkerung unter den Bürgerkriegen der Generale enthält. Die Nachrichten beziehen sich auf den Bürgerkriegsgebiet in Nordchina, und zwar zwischen Tschangtschun, Fengguhsiang und dem Shan-Generalland.

Der Vormarsch der Mandschu-Truppen über den Gelben Fluß in Honan im April d. J. hatte katastrophale Folgen für die Bevölkerung. Nachdem die Truppen das Gebiet besetzt hatten, wurde die arme Bevölkerung nicht nur aus ihren Häusern und Wohnungen vertrieben, sondern mußte auch Fronddienste für die Soldaten und Offiziere leisten.

In einer Stadt in Schenji wurden nach dem Einmarsch der Truppen sämtliche Familien und Geschäfte völlig ausgeplündert. Die Handelskammer schätzte die Verluste auf 500 000 chinesische Dollar (ungefähr 200 000 Mark). Der Raubzug der Soldaten dauerte vier Tage und vier Nächte an. Es wurden auch sämtliche Frauen und Mädchen durch die Soldaten vergewaltigt, viele der Frauen von den unmenschlichen Soldaten zu Tode geprügelt.

In der Nachbarschaft von Tschentschou, wo der Bürgerkrieg im Frühling d. J. zwei Monate lang tobte und mehrere Städte wiederholt den Herrn wechselten, haben sich Tschüli-Truppen (die ebenfalls unter der Gewalt Tschangtschun stehen) besonders heftig benommen. Die Soldatenbanden, die monatlich keinen Sold erhielten, haben sich an der Bevölkerung gerächt, ihre Häuser zerstört, Lebensmittel geplündert und die barbarischsten Methoden angewandt, um das letzte Geld aus der Bevölkerung herauszupressen. So wurden, wie der Bericht lautet, die Bauern dachstuhlhoch gesteckt, um sie zu zwingen, ihr Geld herzugeben. Und wenn sie keines hatten, so wurde diese Tortur fortgesetzt, bis sie zu Tode verbrannt waren.“ In dieser Zeit sind 18 Dörfer völlig durch Feuer zerstört worden. Die vier Vororte von Lojang in Honan wurden ganz ausgeplündert, Greise und auch Kinder der widerstandsfähigen Bauern ins Feuer geworfen.

In dieser Weise gehen die Berichte weiter. In Hingang in Honan sind 20 Dörfer ausgeplündert, in Brand gesteckt und 400 Personen getötet worden, weil sie versucht haben, sich zur Wehr zu setzen. In Südschüli haben die „Roten Lanz“ die Mandschu-Truppen besetzt und sich gerächt. Jeder Soldat, der von ihnen erwischt wurde, wurde getötet.

Außerdem teilt der Bericht der Times noch zahlreiche Einzelheiten über die fortgesetzten Plünderungen und Ermordungen durch die Banditenabteilungen mit. Nachdem die Bevölkerung in einem bestimmten Gebiet von den Soldaten ausgeplündert und die Stadt geräumt wird, kommen regelmäßig die Banditenabteilungen, um erneut zu plündern.

Die Times kommentieren diese Berichte mit folgendem Schlußsatz: „Das Maß des menschlichen Elends, das hier, was besonders noch hervorzuheben werden muß, von Chinesen an Chinesen verübt wird, ist kaum zu schildern. Und da gibt es eine sogenannte nationale Bewegung, die die Unruhen des Landes den Ausländern zuschreibt und bestrebt ist, sie aus China zu entfernen, obwohl es unumstößlich erweislich ist, daß nur dort, wo die Ausländer einige Macht haben, es Gesetz und Ordnung und gewisse Rechte für die Massen gibt, die sie nur dort genießen.“

Der Kommentator der Times bemüht sich in heuchlerischer Weise, die Schuld des Imperialismus an diesen Zuständen in China zu verdecken. Es ist bekannt, wie gerade der Imperialismus alle bisherigen Verluste der revolutionären Massen, sich von dem räuberischen Militarismus zu befreien, hindert und unterdrückt. Ganz nebenbei wird in dem Bericht der Times die Mächtigkeitsrede der Abwehrbewegung der Roten

# Selbstmordtendenz in Deutschland

12—14 000 Menschen jährlich in den Tod getrieben.

Berlin an der Spitze der Selbstmordtendenzen.

Die Statistik der Todesursachen in Deutschland zeigt seit 12 000 bis 14 000 Selbstmorden im Jahre die höchste Verhältniszahl zur Bevölkerung gegenüber fast allen Ländern der Erde. Auf 100 000 Menschen treffen in Deutschland jährlich durchschnittlich 23 Selbstmorde. Berlin steht an der Spitze aller Reichsgebiete mit der Höchstzahl von 45,1 Selbstmorden.

Diese Zahlen bilden eine traurige Anklage gegen die Herrschenden der deutschen kapitalistischen Republik. Täglich sterben man — seit Jahren schon ist es das Auge gewöhnt — in den Zeitungen: „Selbstmord beging...“ Dann ist es meistens ein junger oder alter Arbeitsloser, ein verhungertes Rentner, eine in entsetzlichem Elend befindliche, vor der Ermittlerin stehende Familie. Immer wieder, in der überwiegenden Zahl der Selbstmordfälle, sind es wirtschaftliche Ursachen, die im heutigen Klassenstaat vollkommen gemährte Menschen zum Gasflausch oder zu anderen Arten des verzweiflungsreichen Selbsttötens greifen lassen.

Es ist nichts als Lüge zum Lobe der heutigen „gottgewollten Ordnung“, wenn bürgerliche Blätter behaupten, die Selbstmordtendenzen seien nicht mit der Steigerung des Massenelends in die Höhe getrieben. In den Zeiten der größten Wohnungs- und Arbeitslosigkeit sind stets die höchsten Selbstmordtendenzen festzustellen: Unzählige Selbstmorde, die unter der Rubrik „Liebestummer“ und ähnlichem gehen, sind auf wirtschaftliche Not zurückzuführen, wobei der niederrichtige Wirtschaftungsparagraf 218 noch keine besondere Rolle spielt, junge proletarische Menschen in den Tod zu heben.

Welm statistischen Vergleich mit gefährlichen Krankheiten ergibt sich, daß an Blinddarmentzündung, Magenkrankheiten, Frauenkrankheiten, Tuberkulose (ausgeschlossen die in Proletariatskreisen so zahlreich vertretenen Lungentuberkulose), Gonorrhoe, Ruhr, Diphtherie, Scharlach und Typhus im einzelnen nicht so viele Menschen in Deutschland starben, als die Zahl der Selbstmörder ist.

Die Sprache dieser Zahlen ist eine erschütternde Anklage gegen die herrschende unmenschliche Ausbeutungsgesellschaft. Sie ist eine revolutionäre Mahnung, die Verzeigerung dieser 14 000 jährlich in den Tod getriebenen Menschen zu beenden durch den Sturz des kapitalistischen Staates.

Langen gebracht, und zwar so, als handelte es sich um eine der vielen Räuber- und Mörderbanden. In Wirklichkeit ist die Bewegung der Roten Lanz in Honan und Südschüli ein Ausdruck der verzweifeltsten Abwehr der Bauern gegen die Raubzüge der Militärtruppen. Auch die Banditentruppen handeln es sich sehr oft um landlose Bauern, die von ihrem Grund und Boden vertrieben sind und zu Räubern werden, um so ihr Dasein fristen zu können.

Gerade diese furchtbaren Einzelheiten aus der Lebensgeschichte der Bauern erklären, weshalb es in Südschüli, wo die revolutionäre Bewegung auf dem Lande weiter vorgeschritten ist, zu solchen blutigen Abrechnungen mit den Gutsbesitzern, Wucherern und dem sonstigen Anhang des halbfeudalen Militarismus kommt. Der Imperialismus aber steht mit seinen Kriegsschiffen und Befehlshabern in den Orten, wo nach der Times „Gesetz und Ordnung“ herrschen, auf der Wacht, um den räuberischen Militarismus vor der Rache der unterdrückten Volksmassen zu schützen.

# Vom Tage

Raubüberfall

Baugen. Am Dienstagabend erschienen im Konsumverein Köhlich-Lanewalde zwei junge Leute und erzwangen mit vorgehaltener Pistole die Herausgabe der Kassenkassette. Den unbekanntem Tätern gelang es, auf Fahrrädern zu entkommen. Auf der Flucht mußten sie aber die Kassetten und ein Fahrrad im Stich lassen. Das Geld konnte dadurch zum Teil wiedererlangt werden.

Sechs Todesopfer einer Dynamitexplosion

II. Berlin. Wie ein Abendblatt aus Bukarest meldet, ereignete sich auf der Eisenbahnstrecke zwischen Arab und Bukarest in einem Eisenbahnabteil eine Explosion, die 5 Soldaten und einen Arbeiter das Leben kostete. Die Untersuchung ergab, daß der Arbeiter gestohlene Dynamitpatronen bei sich hatte.

Heftiger Sturm in Triest

II. Rom. In Triest wütete am Mittwoch ein Sturm, der bis zu 120 Kilometer Stundengeschwindigkeit erreichte und den Verkehr in den Straßen und im Hafen völlig unterband. Auf die Züge konnten von Triest nicht abgehen.

Beltratten auf einem norwegischen Schiff

II. Göteborg. Auf dem am 19. Dezember aus Südamerika hier eingelaufenen norwegischen Dampfer „Modem“ sind Peststation festgestellt worden. Man hat den Dampfer sofort desinfilziert, die Beladung isoliert und strengste Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um einer Ansteckungsgefahr vorzubeugen. Bis jetzt ist kein verdächtiger Krankheitsfall eingetreten.

Schwere Unwetterstürme auch in Portugal

II. London. In verschiedenen Teilen Portugals haben Stürme und Ueberschwemmungen beträchtliche Schäden angerichtet. Nach Berichten aus Lissabon ist der Fluß Tejo in der Nähe von Lissabon innerhalb kurzer Zeit um 4 Meter gestiegen. Der Douro-Fluß ist ebenfalls, und zwar um 5 Meter, gestiegen. In Nordportugal sind infolge Hochwassers zahlreiche Häuser eingestürzt. Der Sachschaden im ganzen Lande ist außerordentlich groß.

80 Indianer ertrunken

II. London. Wie verlautet, ist bei der Rückkehr von einer Stammesfeierlichkeit in Temuco in Chile eine Gruppe von 80 Indianern im Fluß Cauin ertrunken. Die Führer des Bootes verloren in einem Sturbe die Herrschaft über das Fahrzeug, das abtrieb und an den Felsen zerstückte. Alle Rettungsversuche waren gescheitert.



# rote Weihnachtsfeiern der IAS

Wieviel Arbeiter feiern „Weihnachten“, ohne sich des Inhalts dieses „Festes“ klar zu sein. Wieviel lassen an diesem Tage oder Abend widerprüchlos religiöses Gift in ihr Haus eindringen? Die Gefahr erkennend, baute die Internationale Arbeiterhilfe, Ortsgruppe Groß-Dresden, ihre Weihnachtsfeier aus. Die rote Sonne wandelte sich im Künstlerhaus zeigte dies. Die ganze Veranstaltung war vom Gedanken der proletarischen Solidarität getragen. Musikalische Darbietungen bildeten den Auftakt.

Ein Quartett des Arbeiter-Mandolinistenvereins „Rigoletto“ hatte sich dazu zur Verfügung gestellt. Dann bot unsere Genossin Gertrud Strzelewicz in ihrer hervorragenden Weise eine proletarische Erzählung und ein Gedicht und sang alte „Weihnachtslieder“ mit proletarischem Text. Die zahlreich erschienenen Anwesenden fühlten deutlich den Gegensatz dieses Abends zu der kirchlich-sentimentalen „Feier“ vieler Familien und Organisationen. In seiner Ansprache betonte Genosse Erich Schumann den proletarischen Sinn unserer Weihnachtsveranstaltungen und feierte den Gedanken praktischer proletarischer Solidarität. Wenn heute gerade Weihnachten zum Lichterglanz in den Häusern der Reichen die Not der Arbeiter deutlicher abzeichnet, so müssen uns diese Tage zu innerer „Einkehr“, zu klarem Erkennen der Wurzeln sozialen Elends und Bestimmen zum Gedanken revolutionären Klassenkampfes und proletarischer Solidarität veranlassen. Fort mit dem Joch des Kapitals und der Kirche. Entzündet die Feuer der Wahrheit des Sozialismus und werfen wir die Reste materieller und geistiger Anekdote von uns!

Der tiefe Eindruck, den diese Veranstaltung bei allen Teilnehmern hinterließ, zeigte, daß hier der richtige Weg zur Begründung aller gefährlicher Kirchentradiitionen beschritten worden ist. Insgesamt hat die Dresdener Gruppe der IAS bei dieser und ähnlichen Feiern 100 Pakete Lebensmittel, Bekleidungsgegenstände und Spielwaren an notleidende Arbeiterfamilien verteilt. Praktische proletarische Solidarität...

## Im Gailhof Reich

findet morgen Freitag den 30. Dezember, 19 Uhr, eine Winter-sonne-wende-feier unter Mitwirkung des Jungpartaklub und der Musiktruppe des Kommunistischen Jugendverbandes statt. Für alle Kinder der proletarischen Elternschaft des Bezirkes Reich ist eine Ueberreichung bereitgehalten. Der Eintritt ist frei, und alle Arbeiterkinder und ihre Kinder sind willkommen.

Heute Stadtverordnetenversammlung. Auf der Tagesordnung steht unter anderem der Antrag des Genossen Lade, den hädlichen Arbeitern 15 Mark von dem in Höhe von 30 Mark ausgezahlten Bonus zu erlassen. Die Sitzung beginnt 19 Uhr.

Die Elbe bis zur Landesgrenze wieder eisfrei. Da infolge des Tauwetters das Eis zwischen Oberwiesengrund und Pöhlitz abgeschwommen ist, ist die Elbe nunmehr bis zur Landesgrenze eisfrei und die Fährten konnten wieder in Betrieb gesetzt werden. In Böhmen steht das Eis noch, doch dürfte auch dort mit einem baldigen Aufbruch zu rechnen sein.

# Abgestraft...

## Die Freitaler SPD-Politik am Branzer — Die Arbeitsinvaliden gegen die Freitaler Volkszeitung

Freital, 28. Dezember.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 17. November stimmte die bürgerlich-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft des Freitaler Stadtverordnetenskollegiums einen kommunistischen Antrag nieder, in dem verlangt wurde, den Sozialrentnern als Weihnachtsbeihilfe 4 Zentner Brot zu Verfügung zu stellen. Dieser Antrag entsprach einem den beiden Arbeiterparteien vom Zentralverband der Arbeitsinvaliden zugeleiteten Antrage, den die kommunistische Fraktion zu dem ihrigen machte. In der Freitaler Volkszeitung vom 18. und 19. November wurde die ablehnende arbeitserfindliche Haltung der SPD-Fraktion zu diesem Antrag damit begründet, daß die Kommunisten „wieder einmal ein parteipolitisches Manöver“ unternommen hätten. Die SPD müsse es deshalb ablehnen, einem solchen Antrage zuzustimmen, zumal die Unterstützungsfähigkeit in Freital höher sei als in irgendeiner anderen Stadt Sachsens. Die Freitaler Volkszeitung benutzte diese Gelegenheit, in der unsinnigsten Weise gegen die Kommunisten im Freitaler Stadtparlament zu hetzen. Bei der Abstimmung über den kommunistischen Antrag stimmte nur der SPD-Stadtvordordnete Tippner mit den Kommunisten. Die Arbeitsinvaliden waren über den an ihnen begangenen Betrug auf das heftigste empört.

Heute erfahren wir nun von verantwortlicher Seite des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden, daß der Stadtvordordnete Parteiführer Rahmig den Arbeitsinvaliden zuerst den Rat gegeben hat, ihre Forderung auf Winterbeihilfe den Fraktionen zu unterbreiten. Rahmig soll auch versprochen haben, daß die SPD-Fraktion sich für die Forderungen der Sozialrentner einsetzen werde.

Herr Rahmig, der gern einmal radikale Worte spricht, ließ die Arbeitsinvaliden fallen und stimmte dem kommunistischen Antrag auf Befehl Klimpels nieder. Um seinen Unfall nicht so offensichtlich werden zu lassen, versuchte er, den Betrag an den Sozialrentnern mit einem Antrag auf Verweigerung an den unabhängigen Ausschuss zu verschleiern. Dabei passierte ihm das Unglück, daß seine bürgerlichen Koalitionsgenossen aus der Reihe tanzten und für sofortige Verabschiedung des kommunistischen Antrages stimmten. Herr Rahmig und seine Freunde waren also gezwungen, Farbe zu bekennen.

Die Schreibweise der Freitaler Volkszeitung, die in Kommunistische machte, hat unter den Mitgliedern des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden große Erbitterung hervorgerufen. Der Zentralverband der Angehörigen ließ unter dem Druck seiner Mitglieder der SPD-Fraktion, der Freitaler Volkszeitung und der SPD-Fraktion folgenden Brief zugehen:

Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands  
Geschäftsstelle: Freital-Deuben, Lange Straße 3, 5th.

An die  
Kommunistische Stadtverordnetenfraktion  
in Freital.  
Werte Genossen!

Zu dem Artikel in der Freitaler Volkszeitung „Um 4000 Mark“ aufgestellten Behauptung, daß die kommunistische Fraktion den Dringlichkeitsantrag betr. Winterbeihilfe für die Sozialrentner in Freital, aus parteipolitischen

# Schutz der Jugend - Hygienemuseum und „Dinta“

Eine ganz vortreffliche Illustration zu der Art „Jugendschutz“, wie sie der Unternehmer braucht und eine charakteristische Unterzeichnung unserer Stellungnahme zu dem von uns veröffentlichten Interieur mit einem Vertreter des „Deutschen Hygienemuseums“ über die Frage der Freizeit für Jugendliche bildet.

## Die Praxis des „Dinta“.

Dies ist das „Deutsche Institut für technische Arbeiterschulung“. Seinen Sitz hat es im Hirt des Industriegebietes von Rhein und Ruhr, in Düsseldorf, der Residenz der Verwaltungszentrale der Vereinigten Stahlwerke-L.G. Sein Zweck ist die Förderung nach allen Möglichkeiten der Steigerung der Ausbeutung und der Verdummung der Arbeiterschaft.

Von diesem Institut geht die Organisation des Lehrlingsunterrichtens, der Werkzeitlehrenden, der Werkzeitlehrenden aus. Die „Dinta“-Schulen, die jetzt gibt es etwa 60, die sich in erster Linie im Ruhrrevier, in Mittel- und Süddeutschland befinden, wollen zweierlei:

1. Die Maschine „Mensch“ zu rationelleren Arbeitsmethoden erziehen, ihre Arbeitskraft steigern durch sorgfältige Auswahl des Berufs mittels der Methoden der Fingertechnik und durch genaues Eindrillen der zweckmäßigsten Ausführung eines jeden Handgriffes, damit nur ja kein Pfennig des Wertes, der vom Unternehmer gekauften Ware Arbeitskraft verloren geht.

2. Den Klassenkampfgedanken und jegliches Klassenbewußtsein aus dem Hirn des Arbeiters verdrängen, ihn zum politisch willenlosen und gedankenlosen Werkzeug des Kapitals machen.

Diese Arbeit in den Lehrlingswerkstätten wird ergänzt durch die Werkzeitlehrenden und durch die Werkzeitlehrenden (bisher mindestens 60 mit einer Gehaltsaufgabe von zirka 500 000 Exemplaren). Die Chefredaktion für die Werkzeitlehrenden sämtlicher Betriebe liegt im Institut, wo das Material aus allen Betrieben zusammenfließt.

Offiziell wird die Tendenz des „Dinta“ natürlich abgestritten, es ist „politisch neutral“. Aber es bedarf gar keiner langen Nachforschungen und Ueberlegungen, um die arbeitserfindliche Tendenz zu erkennen. Wir kennen die Praxis, wir kennen die Äußerungen maßgebender Leute des „Dinta“, besitzen also die „Königin der Beweise“, das Gesändnis. Begnügen wir uns hier mit einem einzigen Bekenntnis; es entloh der schönen Seele des Herrn Dr. Eitelmeier, der in einem Artikel in der Christlichen Metallarbeiterzeitung sagte:

„Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die radikale Arbeiterbewegung, die die Diktatur des Proletariats erstrebt, mit allen Kräften sich bemüht, Zellen zu bauen, gebietet die Selbsterhaltung den Unternehmern, daß sie Abwehrmaßnahmen sich schaffen, soweit ihre Kräfte reichen und sich auch der Jugend annehmen, auf die sich die kommunistische Propaganda besonders richtet...“

Die Praxis in den „Dinta“-Werkstätten ist kurz folgende:

1. Die Ausbildung des Lehrlings, die früher ihren Ausdruck fand in a) der Betriebsarbeit, b) der Fortbildungsschule, findet ihre Synthese in der „Werkzeitlehrenden“, der Vereinigung praktischer und theoretischer Lehre.
2. Der Lehrvertrag sieht vor: vierjährige Lehrzeit. Der Lehrling ist verpflichtet:
  - a) dem Werkzeitlehrenden (von Stahlhelmern geleitet, der Deutschen Turnerschaft — nationalistisch — angeschlossen) beizutreten,
  - b) an den Unterhaltungs-, Spiel-, Wanders-, Musik- und sonstigen Veranstaltungen der Werkzeitlehrenden teilzunehmen, auch wenn dieselben außerhalb der Arbeitszeit an Wochenabenden oder Sonntags liegen,
  - c) das väterliche Zuchtverbot geht natürlich (gemäß § 2) an den Beauftragten des Werkzeitlehrenden, meist Stahlhelmer, über.

3. Für die Angehörigen des Werkzeitlehrenden werden zu ihrer und des Schülers Beeinflussung besondere Frauen-, Mädchen- und Kinderabende angelegt, in denen der „Werkzeitlehrenden“ und die Idee der Werkzeitlehrenden gepflegt werden. Für die Invaliden „Arbeiterhelme“ (von den Alten in Gelsenkirchen „Zuchthäuler“ genannt) angelegt.

Zur Ergänzung dieser „Arbeit an der Jugend“ sind in fast allen Zechen und Werken des Ruhrgebietes weiße Betriebszellen gegründet, in denen man eine ständige Anzahl von „sicheren“ Leuten hat, sicher für Streikbruch, für Beipfändelung der revolutionären Arbeiter. Dazu kommt, daß schon an anderer Stelle behandelte Werkzeitlehrenden, durch das die Arbeiter wie Leibeigene an das Werk gefesselt, den Unternehmern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert werden.

Das sind die Methoden, mit denen die Industrieherrn ihre „Untertanen“ niederhalten wollen, damit sie ungestört ihr Herrgottum ausbauen können durch weitere Rationalisierung, durch Ausbau der chemischen Verfahren, zur Verwertung der Kohle, durch Ausbau der Ferngasleitungen, die neue Maschinen in die Hände der Unternehmer geben, durch immer schärfere Ausbeutung der Arbeitskraft.

Das ist die Antwort der herrschenden Klasse, die das „Deutsche Hygienemuseum“, für das Dresden und Sachsens wertvolle Steuerzahler Ansummen aufbringen müssen, auf die Frage erhält, was es wohl in Wahrheit Wert sei. Für die tägliche Praxis einen Pfifferling. Aber weshalb wird es dann gehalten, weshalb kann es Ausstellungen veranstalten, weshalb bekommt es wertvolle Grundstücke, weshalb organisiert man Interieurs seiner Leiter und verteilt sie hübsch druckfertig an die Presse? Weil dieses Museum mit seiner kostspieligen Aufmachung den deutschen werktätigen Massen, deren Gesundheitszustand durch die kapitalistische Raubwirtschaft zerrüttet und dezimiert ist, einreden soll,

die herrschende Klasse kümmerge sich um das Los der Alten, Gebrechlichen und um die heranwachsende Jugend.

Einen Pfifferling und nicht mehr ist der laule Zauber von der Volksgesundheitsfürsorge des kapitalistischen Staates wert. Denn nicht auf den harmlosen geschwätzigen Arzt, der noch nicht einmal die Zusammenhänge zwischen Politik, Klassenkampf und Volksgesundheit sehen will, hören die, die heute noch regieren, sondern auf die profitverheißenden und geldspendenden Lehren des „Dinta“, des Deutschen Instituts für tiefste Ausbeutungsmasch...

## Sarrasani's neues Programm

zeigt den Wert zirkonischer Kunst in bestem Lichte. Ob es sich um ausgezeichnete Tierdresuren oder artistische Leistungen handelt, man fühlt wieder wie vor Jahren den geschwätzigen Schauder, den man als Kind beim Anblick der gezähmten Bestien oder fliegenden Menschen empfand. Die graziösen Formen edler Pferde, geritten in wilderster und vornehmster Art, werden von den Reiterkörpern der Tiger, dem söttigen aber elastischen der dreifürten Reittiere, den drockig-plumpen Seelöwen (die besonders jedem Kinde, aber auch denen, die innerlich jung geblieben sind, gefallen) und den von Stolz Sarrasani selbst dreifürten wunderbaren Elefanten abgelöst. Ausgezeichnet sind die Chinesen und Keger in ihren Jongleur- und Akrobatentänzen. Niemandem auch die Darbietungen der Luftkünstler am dreifürten Trapez und Luftklotz. Die drei „Auguste“ machen wieder die bekannten Späße. Also fast alles alte aber immer wieder neue Dinge, die Sarrasani zeigt. Leider sind dabei auch alte Fehler nicht zu vergessen. Oder muß die Kamelshule mit schwarz-weiß-roter Kolarde aus besonderen Gründen geritten werden, etwa weil der alte Begriff vom Kamel so untrennbar mit deutscher Kolonialpolitik verbunden ist? Falls ist auch die Ueberladung des Programms mit teilweise deplacierten Massennummern. Insbesondere falsch ist die verlogene Schlussszene vom Kampf zwischen Weissen und Indianern, wo nach primitiver Kauferei plötzlich unter der Flagge des amerikanischen Imperialismus Indianer und Weiße sich um den Hals fallen... so sehen die Dinge nun doch nicht aus. Also bliebe zu wünschen, daß Sarrasani sich auf seine zirkonischen und artistischen Künste beschränkt... denn darin liegt seine Stärke.

Freital. (Som hädlichen Wande:heim.) Das wenig „weihnachtliche“ Wetter am „heiligen“ Abend hatte manchen, der während der Feiertage im Gebirge Winterfreuden genießen wollte, abgehalten, seine Fahrt anzutreten. Auch das hädliche Wande:heim hatte darunter zu leiden, nur reichlich ein Drittel des Heims war besetzt. Die aber gekommen waren, brauchten es nicht zu bereuen, in den Schneien lag genügend Schnee, um Sport treiben zu können. Jetzt ist frischer Schnee gefallen, so daß auch an den Hängen und auf den Wegen die Brettel sich verwenden lassen. Mander, der sich schon damit abgefunden hatte, seine Erholungsstunde zwischen Weihnachten und Neujahr nicht im Gebirge erleben zu können, wird nun seinen ursprünglichen Plan wieder aufnehmen wollen. In der Jugendherberge des Heims sind wieder eine Anzahl Plätze freigeworden, auch einige Betten in den Logisziern können noch zur Verfügung gestellt werden. Anmeldungen nimmt das Schulannt entgegen.

Seihennersdorf, Mieter! Heute Donnerstag, den 29. Dezember, 18 Uhr, findet im Sitzungssaal des Rathauses die letzte diesjährige Gemeindeverordnetenversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Neu-Regulierung der Gemeinbieten. Es gilt, den Aufschlag der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition auf Herausgrabung der Mieter abzuwehren. Erscheint daher in Massen.

## Gonnetwendfeier im Luftbad Cotta

heute Donnerstag, den 29. Dezember 1927, 10.30 Uhr, veranstaltet vom Jungpartaklub Süd-West, künstlerische Darbietungen. — Eintritt mit Programm 10 Pfennig.





# Unter dem Sowjetbanner

## Angestelltenclubs in Moskau

Von Kurt Sindermann (Moskau)

Genosse Kurt Sindermann, der ehemalige Geschäftsführer des ostsächsischen RAB, jetzt Schüler an der Lenin-Schule in Moskau, sandte an seine Arbeitskollegen im Elektrizitätswerk Dresden einen Brief, in dem er die ersten Eindrücke seines Aufenthaltes im roten Russland plastisch schildert. Wir entnehmen diesem Schreiben folgende Schilderung eines Besuchs im Klub des Verbandes der Angestellten in Moskau:

Wir datierten Montag, den 5. Dezember. Während des Mittagessens teilte ein Genosse mit, daß abends allgemeiner Klubabend des Verbandes der Angestellten Moskaus sei. 10 Mann beschließen, hinzugehen. Auch ich schreibe mich an. Wir alle haben halb sieben Uhr brechen wir auf. Warm müssen wir uns anziehen. 10 Grad Kälte sind wir nicht recht gewöhnt. Mit dem Omnibus fahren wir bis zum Roten Platz. Ein Areal, so groß wie ungefähr der Mannplatz in Dresden; aber schöner, mitten im Zentrum Moskaus gelegen. Ein herrlicher Anblick ist es, wenn man von der Seite der Kaufhäuser auf die gegenüberliegende Kreml-Seite sieht. Der Kreml ist der Sitz der Sowjetregierung. Vor der Kreml-Mauer ist die Ruhestätte der im Oktober 1917 gefallenen 100 Revolutionäre. In der Mitte die Grabstätte Lenins, ihres Führers. Ein architektonisch strenger Holzbau, sehr einfach gehalten, nur mit dem Namen Lenin beschriftet. Doch aber, über der mit Zinnen und Türmen getönten Kreml-Mauer, weht die nachts beleuchtete rote Fahne der Sowjetregierung als Wahrzeichen des Arbeiter- und Bauernstaates, wie eine blutrote Flamme über Moskau. Ein herrlicher, erhabener Anblick ist es. So eigenartige Gefühle hat man da. Man denkt auch dabei zurück an den 8. November 1918 in Dresden. Welche da nicht auch einmal eine rote Fahne auf dem Schloß? Nun ja, der deutsche Arbeiter war „demokratisch“ wie der russische. Heute ist diese rote Fahne ersetzt durch die schwarz-weiß-rote. Aber mit Verlaub: in der Erde ist noch ein dreifaches Farbenpiel von Schwarz-Rot-Gold. Wird die rote Fahne noch einmal da oben wehen? Und doch! Bestimmt! Auch in Deutschland wird das Eis brechen und sich die Arbeiterkraft verschaffen und dabei alles Schlechte, gleichviel welsch Dreifarbenpiel man ihr austilgt, wird, in die Gosse werfen, ohne wieder „demokratische“ Gefühle zu bekommen. Doch weiter. Um 7 Uhr treffen wir im Klub ein. Nur Mitglieder haben Zutritt. Wir verlangen den Klubsekretär zu sprechen. Nach kurzem Wortwechsel mit ihm werden wir in den Klub eingeführt. Der erste Raum, den wir betreten, ist der allgemeine Aufenthaltsraum. Mit Bildern ausgeschmückt, in der Mitte des Raumes mit einem Springbrunnen belebt, macht er den Eindruck eines Hotels aber nicht den eines Arbeiterklubs. Auch Tischtennis wird an 6 Tischen gespielt. Wir sind natürlich neugierig und wollen erst alles kennen lernen. Also weiter. Man zeigt uns die Arbeitsräume.

Die Bibliothek hat „nur“ 40 000 Bände für alle Wissensgebiete.

Durchaus nicht nur politische Sachen. Sie sind nur ein kleiner Teil davon. Angrenzend liegt der Lesesaal für 200 Personen, und der Schreibsaal, wo man schriftliche Arbeiten erledigen kann. An den Wänden gut angelegte „Wandzeitungen“. In diesen Zeitungen wird alles mitgeteilt, was verbesserungsbedürftig ist und den Raum, aber nur diesen, schmaler ausgestaltet könnte. An den Lesesaal schließt das Raucherzimmer. Hier wird vor allen Dingen gespielt. Tischspiele aller Art sieht man hier. Neben demselben ist das Schachzimmer. Hier kann man die Liebe der Russen zum Schachspiel feststellen. Wenigstens 50 Schachbretter waren in Tätigkeit. Weiter geht es. Die Zimmer der Roten Armee folgen jetzt. Ein Raum für Luftfahrt, einer für die Arme. Es sind direkte Räume. Wir schauen. Jetzt das Archiv des Klubs. Fabelhaft angelegte Statistiken über die Tätigkeit der Mitglieder im Klub. 3 Jahre besteht er erst. Jede Sta-

tion weist Steigerungen in der Aktivität auf. Mit Stolz erklärt uns der Sekretär, daß die Klubräume, die bei Beginn der Tätigkeit vielfach gähnend leer waren, heute zu klein sind. Jetzt das Musikzimmer.

Jedes Mitglied, das Liebe zur Musik hat, wird hier kostenlos ausgebildet.

Das Orchester ist 30 Mann stark. Es spielt ohne Dirigenten. Wir hörten es dann abends bei einer Theateraufführung, und wir waren überrascht über das Können dieser einfachen Arbeiter. Aber, noch war der Rundgang nicht beendet. Das Atelier für Malkunst zeigte, daß auch hierfür jedes Interesse vorhanden ist. Angrenzend ist der Arbeiterklub. Hier wird gesungen, Figuren gefügt, Transparente gemalt und alle Arbeiten zur Ausschmückung des Heims vorgenommen. Man rüstete schon wieder auf den 10. Jahrestag der Roten Armee, der am 22. Februar 1928 stattfindet. Wir waren verblüfft über diese Tätigkeit. Auch die Komsomolzen (Kommunistische Jugend) haben ihr eigenes Zimmer und haben es besonders reger ausgeschmückt. Rot behangene Wände sah man die Bilder Karl Liebknechts, Rosa

Luxemburgs und Clara Zetkins. Auch hier wird Schach, Dame, Domino u. a. m. gespielt. Wir spielen mit. Eine Partie Schach verpielte ich in 10 Minuten. Natürlich, ich habe es erst auf der Schule gelernt. Ich spürte die Ueberlegenheit. Doch fand wir noch nicht am Ende. Jetzt kommt der größte Raum, der Theaterraum. Er faßt 700 Personen.

Montags jede Woche ist Theateraufführung, und Sonntags abends Kinovorstellung.

Auch die selbstgegerichtete Bühne zeigte man uns. Der Umkleerraum für die Spieler ist ebenso geräumig als das Probezimmer, die beide hinter der Bühne angelegt sind. Die Probenbenutzer lassen sich durch nichts betören. Sie üben fleißig für die nächste Woche. Wieder zurück von hier zeigt man uns das letzte und beste Zimmer: das Lenin-Zimmer. Hier hat man alle Sorgfalt walten lassen. Neben dem Lebensbild Lenins (in Bildern) ist gleichzeitig die Geschichte der kommunistischen Partei Russlands und der Oktober-Revolution in Bildern und Statistiken festgehalten. Es ist mühsam zusammengetragenes Material. Mit einem „Das ist alles“ sagt uns der Sekretär, daß wir nun „fertig“ seien. Er fragt uns (vielleicht war es ironisch): „Habt Ihr in Deutschland solche Heime?“ Nein! Wir müssen es gesehen, so etwas hat die deutsche Arbeiterkraft nicht aufzuweisen. Und sie magt noch, die Berachtung auf den „rückständigen“ russischen Arbeiter zu blicken? Keiner von denen, die dies mit uns gesehen, wird es wohl verstehen.

## Ergebnis des 15. Parteitag der KPSdSU

Zeitartikel der Prawda vom 20. Dezember 1927

Der 15. Parteitag hat seine Arbeiten abgeschlossen und seine festen und höchst gewichtigen Beschlüsse gefaßt. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die Beschlüsse dieses Parteitages in die Geschichte der Partei und die Geschichte der Diktatur des Proletariats der Sowjetunion als eine höchst bedeutsame Etappe der kommunistischen Arbeiterbewegung eingehen werden. Schon der Umstand, daß der Parteitag in einer Situation des verschärften internationalen Kampfes einerseits und in der Situation der raschen Entfaltung des „Prozesses der Rekonstruktion“ andererseits zusammentrat, drückt der ganzen Arbeit dieses großen kommunistischen „Parlaments“ seinen besonderen Stempel auf.

Der Parteitag hat vor allem aus dem langjährigen Kampf der Leninischen Partei gegen den Trochismus das Fazit gezogen. Der Trochismus war stets mehr oder minder ein Fremdkörper in unserer Partei. Nachdem die Parteiführung das Genie und die eiserne Hand Lenins eingeholt hatte, setzten die Attaken des Trochismus verschärft ein. Sowohl ideologisch als auch organisatorisch ging der Trochismus in immer stärkerem Maße zum Angriff über, wobei er eine Reihe oppositioneller Gruppierungen, die an der Richtigkeit des Leninischen Weges Zweifel hegten und dem zehnjährigen Einfluß des Betruges der kleinbürgerlichen Spießer und der Smenowewow-Deute sowie der Prophezeiungen über den unvermeidlichen Untergang unserer Revolution unterlegen wären, um sich sammelte und assimilierte.

Die Differenzen mit dem Trochismus, der seine spezifischen Besonderheiten immer stärker entwickelte und immer rascher auf die schiefe Bahn trieb, auf der er zum Menschewismus umschlagen mußte, haben schließlich die durch den Rahmen des Parteiparlaments und der Geheißlichkeit des Sowjetstaates gezogenen Grenzen durchbrochen. Die Troch-

listen traten offen als Werkzeug der gegen das eiserne Regime der proletarischen Diktatur rebellierenden kleinbürgerlichen Demokratie auf.

Die Opposition wurde in der Partei, in der Arbeiterklasse und im ganzen Lande geschlagen. Ideologisch demoralisiert, erneut in sich selbst zerfallen, ohne Glauben an ihre Sache und ohne die Spur der leiblichen Sympathie der Massen, steht sie vor allen da als eine kraftlose und bankrott gewordene Gruppe von Kapitänen ohne Schiffe und ohne Matrosen. Gleichzeitig hat die Dialektik der Entwicklung den Trochismus erneut isoliert, aber schon auf einer höheren Stufe seiner Entwicklung. Die Beschlüsse des Parteitages ziehen den endgültigen Bilanzstrich unter diese Entwicklung. Die Partei hat sich von einer Kränkung befreit, die dauernde Krisen hervorrief, ihre Aufbauarbeit hemmte, die internationale Lage der Sowjetunion untergrub und die Reihen der kommunistischen Internationale erschütterte.

So wichtig aber auch der Punkt über die Opposition (und nicht nur vom Standpunkt der innerparteilichen Beziehungen aus) sein mag, so war er nicht der einzige Punkt und auch nicht der „Kernpunkt“ des ganzen Parteitages.

Der Parteitag der KPSdSU war ein Parteitag der gesellschaftlichen Sachlichkeit, der sich in praktisch nächster Weise eine Reihe der wichtigsten Probleme der aktuellen Politik gestellt hatte.

Sowohl im Bericht des ZK (Referat des Genossen Stalin) wie auch in dem Bericht der Delegation des Esti wurde eine Reihe von Fragen angeschnitten, die mit der besonderen internationalen Lage zusammenhängen. Die Kriegsgeschichte, die Kolonialbewegungen, der Linksabmarsch der Arbeitermassen (ein gewisser Rück in der ganzen Arbeiterbewegung Europas nach links, trotz des Kränkens der Trochisten über das „Einschrumpfen“ der Arbeiterklasse) forderten von der Partei eine bestimmte Einstellung, die gerade diesen Tendenzen und Prozessen entsprechen würde. Die Verschiebung des Schwerepunktes der Einheitsfront nach unten, die Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und gegen Amsterdam, die Unterstützung des Klassenkampfes gegen die chinesischen werktätigen Massen, das war die Antwort der Partei auf diese Fragen.

Auf Grund der Referate der Genossen Stalin, Kawan und Molotow hat der Parteitag eine Reihe von Beschlüssen von ersterklassiger Bedeutung auf dem Gebiete der Innenpolitik gefaßt. Die Entwicklung des Kampfes in der Richtung der Industrialisierung, die gleichzeitig die Sorge um den Aufschwung der Landwirtschaft in sich schließt, die Verschärfung des Kampfes zur Ueberwindung der kapitalistischen Elemente in der Wirtschaft der Sowjetunion überhaupt; die praktisch gestellte Lösung der Kollektivierung der landwirtschaftlichen Produktion, die stark unterstrichene Aufmerksamkeit gegenüber den Problemen der kulturellen Revolution, das sind die hauptsächlichsten Marksteine, die der 15. Parteitag aufgerichtet hat.

Bemerkenswert war die alles durchdringende Note der sachlichen Selbstkritik. Sowohl zum Referat des Genossen Ordzhonikidze wie auch aus Anlaß aller anderen Referate entwickelte sich eine breite Diskussion, die unsere Wunden Stellen rücksichtslos aufdeckte. Der Geist des Kampfes gegen den Bürokratismus, der Geist der allerintimsten Verbrüderung mit den breiten Schichten der Werktätigen, der Geist der kritischen proletarischen Selbstkontrolle, dieser Geist wehte in den Sälen des Großen Saales, in dem die Tagung des kommunistischen Parteitag vor sich ging. Und es war kein Zufall, daß die Delegationen parteiloser Arbeiter aus allen Ecken und Enden des Landes zum Parteitag eilten, es war kein Zufall, daß ungefähr 100 000 neue Mitglieder, kernigen proletarischen Stammes, unserer mächtigen Partei zugeströmt sind.

Der Verlauf und der Ausgang des 15. Parteitages können als die sicherste Garantie dafür dienen, daß die führende Partei der proletarischen Diktatur die Arbeiterklasse mit fester Hand zu weiteren Siegen führen und unverrückbar auf der Wacht ihrer Einheit, ihrer Ergründungen und der stetigen Entwicklung der Weltrevolution stehen wird.

### Zwei Meter hoher Schnee in Rußland

14. Warschau, 28. Dezember. Wie aus Moskau gemeldet wird, wüten seit einigen Tagen in den mittleren und östlichen Gouvernements des europäischen Rußland heftige Schneestürme. Der Schnee liegt stellenweise zwei Meter hoch. Zahlreiche Eisenbahnlinien sind vollständig verunreinigt. Zwischen Orlom und Tula blieben acht Züge im Schnee stecken. Die Eisenbahnerbindung zwischen Kozan—Benja sowie Symbit—Benja ist vollständig unterbrochen. Ingesamt sind dreißig Züge auf den verschiedenen Eisenbahnlinien stehen geblieben. Die Reisenden sollen sehr unter Lebensmangel leiden. Die Reisenden

## Die Sowjetadvokatur

Von Wasil Smirnow

Wenn man von den Gerichtsverfahren und der Staatsanwaltschaft in den Sowjets spricht, so kann man nicht umhin, auch einige Worte von der Sowjetadvokatur zu sagen.

Die Sowjetadvokatur ist in einem Kollegium der Verteidiger organisiert. Diese Kollegien sind an die Gouvernementsgerichte angegliedert. Allein in ihren inneren Angelegenheiten genießen sie eine gewisse Autonomie. Das Präsidium des Kollegiums wird in einer allgemeinen Versammlung aller Mitglieder des Kollegiums gewählt und verfügt über eine disziplinarische Gewalt. Die Pflichten der Mitglieder des Kollegiums bestehen darin, der Bevölkerung juristische Hilfe zu erweisen und die Aufgaben der Gerichtsverteidigung zu erfüllen. Besonders in Prozessen, in denen Ankläger vorhanden sind, die aus physischen Gründen nicht imstande sind, die einen oder anderen Erscheinungen zu begreifen (Stumme, Taube, Blinde usw.), ist die Beteiligung der Verteidiger obligatorisch, und in den Fällen, in denen die Angelegenheit ohne Verteidiger untersucht wird, ist das Urteil nicht rechtskräftig. Doch das ist nur ja auch der bürgerliche Advokat. Wodurch unterscheiden sich die Mitglieder des Verteidigerkollegiums in der Sowjetunion von den bürgerlichen Advokaten? Dadurch, daß sie Sowjetadvokaten sind. Damit ist alles gesagt.

Die bürgerliche Advokatur ist eines der notwendigen Schräubchen in der kapitalistischen Gesellschaft. Als solche kommen die einzelnen Verteidiger natürlich nicht in Frage. Wir haben unter den alten Moskauer Advokaten Kommunisten, wie den Genossen Kurki, Icherluntschukowitsch, Kabanjan, Ossiankow und andere. Es handelt sich um die bürgerliche Advokatur in ihrer Gesamtheit.

Die Sowjetadvokatur ist in den Dienst der Werktätigen gestellt.

Auf welche Weise sie ihre Aufgabe erfüllt, geht aus einem Beispiel des Moskauer Kollegiums hervor. Im Jahre 1926 wurden in Moskau vom Kollegium der Verteidiger 19 juristische Beratungsstellen organisiert. Im Laufe dieses Jahres erhielten 286 000 schaffende Personen juristische Hilfe in Form von Ratschlägen, Anfertigung von Schriftstücken und Reden. Von diesen 286 000 wurde 203 000 unentgeltliche Hilfe geleistet; die übrigen zahlten je nach dem Charakter ihrer Angelegenheit und ihrer materiellen Lage. Um die juristische Hilfe auch den Arbeitern in den Betrieben leichter erweisen zu können werden Beratungsstellen in Großbetrieben eingerichtet. Im Laufe eines Jahres fanden 600 Beratungen in Betrieben statt. In den Kreisen des Moskauer Gouvernements sind 81 juristische Beratungsstellen tätig. Im Laufe des Jahres 1926 wurde dort 66 284 Personen, meist Bauern, juristische Hilfe erteilt, davon 52 000 unentgeltlich. Gleichzeitig arbeitet das Moskauer Verteidigerkollegium auf dem Gebiete der Propaganda des Sowjetrechts.

An dieser Arbeit beteiligen sich etwa 200 Mitglieder des Kollegiums unentgeltlich. Im Laufe des vergangenen Jahres wurden von ihnen in den Moskauer Betrieben 1 700 000 Referate und Reden über verschiedene Rechtsfragen abgehalten. Außerdem arbeiten die Mitglieder des Verteidigerkollegiums mit den Volksrichtern, halten Kurse bei der Miliz ab, halten Vorträge bei den weiblichen Delegierten, Kurse in den Bezirken usw. Eine besondere Aufmerksamkeit verdient die Arbeit jener Mitglieder des Kollegiums, die auf dem Lande wohnen. S. Smirnow, ein Mitglied des Moskauer Kollegiums der Verteidiger, der aus dem Betriebe direkt ins Kollegium kam und der juristischen Hilfe im Dorfe große Dienste erwies, widmete der Arbeit der Mitglieder des Kollegiums im Dorfe folgende Zeilen in der „Prawda“:

Diese Verteidiger sind nicht schlecht Advokaten, sondern sind tatsächliche Träger der Kultur im Dorfe;

sie halten Vorträge, unterhalten sich mit den Bauern über Rechtsfragen, beteiligen sich an der Arbeit der Bildungsinstitutionen des Amtesbezirks und verrichten sogar einfache Funktionen im Sowjetapparat. Jede ländliche Beratungsstelle erfährt ungefähr mehr als 2 Amtesbezirke. Der Advokat des Amtesbezirks arbeitet unter den schwerlichsten Verhältnissen. Er hat keine Wohnung, keine Transportmittel, muß bis 50 Werst wägendlich zu Fuß gehen; sein Gehalt steht sehr tief unter dem Existenzminimum. Das Höchstgehalt eines solchen Verteidigers beträgt monatlich 70 Rubel, in den meisten Fällen verdient er 10 bis 30 Rubel monatlich. Es gibt sogar Verteidiger, die keine Koppe verdienen und das Präsidium ist dann gezwungen, ihnen eine monatliche Unterstützung zukommen zu lassen. Trotz all dieser Schwierigkeiten ist der Verteidiger immer auf seinem Posten in der Beratungsstelle, besucht die Vestuben des Amtesbezirks oder der einzelnen Dörfer, reist mit dem Gericht zu Verhandlungen, besucht die Bauernversammlungen im Dorfe, fährt in die Kreisstadt oder nach Moskau, um dort verschiedene Berichte zu erstatten, inprüfliche Vorträge zu halten, tritt in den Gerichten auf, in denen speziell Bodenfragen behandelt werden und leitet zu alledem noch einen juristischen Zirkel im Amtesbezirk.

Man könnte über diesen Enthusiasmus staunen, wenn er nicht der charakteristische Zug der ganzen Sowjetarbeit wäre.

Das Proletariat der Sowjetunion, das von dem größten Führer und Entschlossenen, W. I. Lenin, geführt wurde, verstand es nicht nur, die Macht in seine Hände zu nehmen, die Sowjetarbeit zu organisieren, sondern sie auch mit jenem heiligen Feuer zu erfüllen, von dem das Herz des Führers durchglüht war, das leider nicht mehr schlägt.



# Die Umstellung der Gewerkschaftszeitungen und ihr Inhalt

Eine Mäntelreformistischer Kampfesweise (Schluß)

Wir empfehlen den Gewerkschaftsredakteuren, einmal die ...

Die Entzweiung der Gewerkschaftsbureaukraten über Schimpf- ...

„Das ekelhafteste Spiel der Russen steht nun vor der ...

Wir möchten keinem Proleten empfehlen, in einer Gewerkschafts- ...

Die Neutralität in den Gewerkschaften spielt immer dann ...

Der „Steinarbeiter“ vom 12. November 1927 bringt auf der ...

„In diesen Tagen nun veranlaßt die Sozialdemokratische ...

Die Mitglieder des Steinarbeiterverbandes werden gut ...

Die „Einigkeit“, das Organ des Deutschen Nahrungs- ...

Das Taktik-Verfahren ist auf jeden Fall die Zeitung des ...

Man braucht sich nur die Zeitungen des Verkehrsverbandes ...

# Kampf gegen den Betrug durch die Erwerbslosenversicherung

M.H. Die SPD-Führer und auch ein Teil der Gewerkschafts- ...

„In Rußland war es richtig, in Deutschland würde es ...

„Anständig“ kann man ein solches Schreiben gegenüber dem ...

Die Opposition hat in den Gewerkschaften von vornherein, ...

„Die Opposition hat in den Gewerkschaften von vornherein, ...

„Die Opposition hat in den Gewerkschaften von vornherein, ...

„Die Opposition hat in den Gewerkschaften von vornherein, ...

„Die Opposition hat in den Gewerkschaften von vornherein, ...

„Die Opposition hat in den Gewerkschaften von vornherein, ...

„Die Opposition hat in den Gewerkschaften von vornherein, ...

„Die Opposition hat in den Gewerkschaften von vornherein, ...

„Die Opposition hat in den Gewerkschaften von vornherein, ...

„Die Opposition hat in den Gewerkschaften von vornherein, ...

regierung ein „Weihnachtspräzium“ erhalten. Und die Gewerkschafts- ...

## Hundebau

vor den Kapitalisten und ihren Organen, sondern die Arbeiter- ...

## Kampf der Arbeiter um ihre Interessen

Nachschau des Handelns ist.

vertrödeln mit Selbstanklagen und schwereren Anklagen gegen ...

„Soviel wir an den heutigen Zuständen in der deutschen ...

„Rufland hat noch viel zu tun, wenn es dem Achtstundentag ...

„Diese Kostproben sollen für diesmal genügen. Alle Mit- ...

„Die Opposition in allen Gewerkschaften muß aber mit aller ...

„Berantwortlich für Politik: Bruno Goldhammer, Dresden; für Lokales: Richard Spengler, Dresden. — Druck: ...

# An den Ufern des Hudson

Roman von H. Desberry

(18. Fortsetzung.)

„Und dennoch sieh er meine Miriam sterben,“ meinte Sa- ...

„Das war nicht seine Schuld. Sie war eben eine Jüdin, ...

Er erhob sich schwankend und geleitete den Hausierer bis ...

Samuel Kagenstein befand sich am Ufer des Hudson; vom ...

Der alte Mann sah müde auf einen Stein und vergrub das ...

Ein furchtbarer Verdacht war in ihm erwacht, ein Verdacht, ...

Viele Stunden sah er so da, überlegend, ringend und kämpfend. ...

Von allen Menschen, die er kannte, gab es bloß einen, dem ...

Er suchte den jungen Mann im Stadthaus der Wards auf ...

„Sie sind verrückt, Kagenstein. Der Kummer um die Tochter ...

„Kennen Sie Dr. Brathford persönlich?“

„Nein; aber, was ich eben sagte, können Ihnen Tausende ...

„Und meine Miriam?“

„Sie war wohl weit kränker, als Sie dachten, kam zu spät ...

„Ich werde in seine Sprechstunde gehen. Sie aber, mein ...

„Gut, das will ich gerne tun. Um wieviel Uhr ordiniert er?“

„Ich werde in seine Sprechstunde gehen. Sie aber, mein ...

„Ich werde in seine Sprechstunde gehen. Sie aber, mein ...

„Ich werde in seine Sprechstunde gehen. Sie aber, mein ...

„Ich werde in seine Sprechstunde gehen. Sie aber, mein ...

„Ich werde in seine Sprechstunde gehen. Sie aber, mein ...

Harvey lächelte. „Sie sagen sich jetzt: Na ja, der Gog, er ...

„Bestimmt heute noch.“

Der überarbeitete, müde Dr. Smith empfand es als eine ...

„Ja, ich war äußerst erstaunt, als ich vom Tode Miriam ...

„Sie sind überzeugt, daß die Lungen nicht angegriffen ...

„Ich könnte einen Eid darauf leisten.“

„Ich danke Ihnen, Herr Kollege.“

Harvey Woad lehnte versonnen und schief verkrüppelt heim. ...

Der Diener, der die Post brachte, unterbrach Harveys ...

(Fortsetzung folgt.)



# Verammlungskalender

## Kommunistische Partei

Genosse Kurt Strobbach, Dresden-Neubau, Reichstr. 32, 2. ist wegen Schädigung der Partei- und Arbeiterinteressen aus der Partei ausgeschlossen worden.

Donnerstag den 29. Dezember:

Stadtteil 4. Heute abend 19.30 Uhr Stadtleitungssitzung im Antonhäuser Kasino.

APD, RZ, KZ, NZ, KZ, NZ, NZ. Sprechchorprobe pünktlich 19.30 Uhr im Bürgergarten.

Freitag den 30. Dezember:

Einheitskomitee Oststadt! Wichtige Sitzung am Freitag dem 30. Dezember 19.30 Uhr im Stadtkafé, 1. Stock, direkt am Volkspfad. Einheitskomitee.

Metallarbeiter! Erweiterte Fraktionsleitungssitzung am Freitag dem 30. Dezember 19.30 Uhr im Parteibureau. Alle Metallbetriebe müssen bestimmen einen Vertreter ersendend. Die Leitung.

Stadtteil 5. Mitgliederversammlung im Bürgerhof 19.30 Uhr. Referat des Genossen Riebling über: Das neue Kuhländchen.

Reinhardtendorf. Öffentliche Versammlung in Drei Fischen 19.30 Uhr. Referat über Erwerbslosenversicherungsgesetz und Karenzzeit.

## Kommunistischer Jugendverband

Donnerstag den 29. Dezember:

Johannstadt. Stellen 19 Uhr am Sachsenplatz zum Sprechchor.

Freitag den 30. Dezember:

Johannstadt. Sitzung bei Genossen Erich.

## Jung-Spartakus-Bund

Donnerstag den 29. Dezember:

Friedrichstadt. 18 Uhr Gruppenabend im Brandenburger Hof, Berliner Straße.

## Roter Frontkämpferbund

Donnerstag, den 29. Dezember

Abteilung 2. 19.30 Uhr Funktionärsitzung im Brandenburger Hof. Die Zugführer haben alle Funktionäre einzuladen.

Abteilung 6. 19.30 Uhr Funktionärsitzung bei Frommhold. Er-scheinen Pflicht.

Freitag den 30. Dezember:

Abteilung 11. 20 Uhr Mitgliederversammlung im Königs-hof.

Ortsgruppe Heidenau. 19.30 Uhr Gruppenführersitzung im Sport-heim. Erscheinen Pflicht.

Freizeit. Schmelzentapelle! Die Schmelzenspieler stellen in der Silvesternacht pünktlich 11.45 Uhr im Kinderheim der ZVH zum Nachkonzert.

## Note Jungfront

Donnerstag den 29. Dezember:

Abteilung 2. 19.30 Uhr Funktionärsitzung im Brandenburger Hof.

Freitag den 30. Dezember:

Freizeit. 19.30 Uhr Jungfrontgeneralversammlung im Kinder-ZVH zum Nachkonzert.

Groß-Dresden. 19.30 Uhr Abteilungsführersitzung im Gaubureau.

## Roter Frauen- und Mädchenbund

Donnerstag den 29. Dezember:

Abteilung 1. Mitgliederversammlung im Flemminghof, Flem-mingstraße. Mitgliederbücher mitbringen.

Groß-Dresden, Abt. Kasse. Von 17 bis 19 Uhr Kassenstunden. Dezember abrechnen!

Freitag den 30. Dezember:

Pirna. 19.30 Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus Pirna. Erscheinen Pflicht.

Dresden Ballspielverein 1913. Freitag den 30. Dezember

20 Uhr in Lindners Restaurant Volksversammlung. Sonnabend im Gashof Gittersee große Silvesterfeier.

Karteil für Kultur, Sport und Körperpflege Zschadwitz. Freitag den 30. Dezember im Sportheim wichtige Kartellsitzung. 19.30 Uhr.

Rum  
Arrak  
Punsch  
Weinbrände  
Süßweine  
Rotweine

4 Prozent Rabatt!  
Carl Bauch, Pirna  
Reichsstr. 2

Alle  
Lebensmittel  
äußerst billig  
Fritz Louschke  
Pirna-Copitz  
Pillnitzer Str. 11

Arbeiter, Kauf-  
leute  
Arbeitsachen  
und  
Hemden  
Unterhosen  
Sportwesten  
Socken  
Hosenträger  
Taschentücher  
u. u.

Ernst Klaar  
Lillengasse 52  
alte Telefonzentrale  
(Dahle Oststrassenfall)

Auf Kredit  
kauen Sie stehend billig:  
Tisch- u. a. Polstermöbel,  
Lampen, Küchen-Einrich-  
tungen, Schlafsessel, auch  
einzelne Möbelstücke, so-  
wie Herren-, Damen- und  
Damen Garderoben, Wäsche  
und Schuhwaren gegen  
bequeme Anzahlung und  
Abzahlung nur bei  
A. J. Schneck  
Wettinerstraße 7, 1. Stock  
neue Palmstraße  
Alle Kunden ohne Anzahlung.

Sämtliche altbekannten  
Biere  
hotell, Hotel Haus und  
Kantina  
Kurt Noack  
Dohnaischer Platz

## Zucker

bei 1 Pfd. 0.33, bei 10 Pfd. 0.30,  
im 2-Zentner-Sack 0.29

Schokoladen- und Zuckerwaren-  
fabrik Richard Seibmann,  
Grenadierstraße, Ecke Dammweg

## Beir. Fabriksparkasse der Georg A. Jasmatzki, Akt.-Ges.

Es ist unbedingt notwendig, daß sämtliche  
Gläubiger obiger Fabriksparkasse zu der  
am Freitag, dem 30. Dezember 1927, 17 Uhr,  
im Volkshaus Ost, Schandauer Straße, statt-  
findenden Versammlung erscheinen.

## Stahlwaren • Schleiferei Paul Wallmüller sen., Copitz

Pratzschwitzer Straße 21. a. d. Bahnunterf.

## Wo kaufe ich mein Rad?

meine Nähmaschine?  
mein Grammophon mit Platten?  
meinen Sport- u. Puppenwagen?  
meine Wringmaschine?

Nur im Richter-Laden 20  
Neue Dresden Straße  
schlößchen am Stadtwall  
Dort werden auch sämtliche Reparaturen  
prompt erledigt. Geräte und -hilfs-  
Gegenstände am Platze.

## Max Richter

Meinhardtmeister  
früher Teilhaber der Firma Richter & Exnd.  
Telephon 382

# Die beste Butter der Welt

wünscht sich jede kluge Hausfrau

Wir führen in unseren sämtlichen  
Verteilungsstellen nur die als die  
beste Butter der Welt geltende

## Feinste dänische Molkereibutter

Original-Auswiegung Pfund 2.30 RM.

## Feinste dänische Molkereibutter

in Halbpfundstücken . . . Stück 1.10 RM.

## Sibirische Molkereibutter

Ausgewogen . . . . . 1.90 RM.

## Keines amerikanischen Schweineschmalz

Pfund -.82 RM.

## Konsumverein

# Vorwärts

Warenabgabe nur an Mitglieder.

## Für Silvester!

# Haffmann Magenbitter

sowie feinste Edelliköre  
u. a. Abtei-Gold, Jamaika-Rum  
Bat-Arrak, Punsch  
Spirituosen aller Art

Nur eigene Herstellung in vorzüglicher Qualität

Zigarren / Zigaretten

# Joh. Gottl. Haffmann A.-G.

Pirna, Dohnasche Straße 15



## Ämtliche Bekanntmachungen

— Freitag —

Eisenbahn Hüttenstraße ist wieder eröffnet.

Nat der Stadt Freitag, am 29. Dezember 1927.

Freitag den 30. Dezember 1927 ab 7.30 Uhr findet Verkauf  
von Rindfleisch in rohem Zustande auf der Freibank im Stadt-  
teil Deuben, Feuerwehrtor, Wehrstraße, statt. Preis pro Pfund  
40 Pfennig.

Nat der Stadt Freitag, am 29. Dezember 1927.

## Dresdener Volksbühne E. V.

### Mitgliederversammlung

am 5. Februar 1928 (Sonntag), vormittag 10 Uhr,  
im Volkswahl-Trianonsaal, Ostra-Allee/Kl. Peckholtsfr.

#### Tagesordnung:

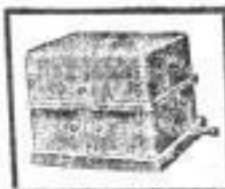
1. Jahresbericht des Vorstandes
2. Rechnungsbericht des Kassentüters
3. Prüfungsbericht der Revisoren
4. Wahl des 11, 12, 13 und 14 in Verbindung mit § 18 der Satzung  
(Ausführungsbestimmungen in der Geschäftsstelle einzusehen)
5. Anträge nach § 16 der Satzung, die bis zum 1. Januar 1928,  
solche nach § 15, die bis zum 7. Januar 1928 in der Geschäfts-  
stelle eingereicht sind.

Der Gesamtvorstand.

## Arbeiter! Angestellte! Gewerkschaftler!



Wollen Sie einen  
materiellen Vorteil?  
Dann nehmen Sie erst  
Führung mit dem eigen-  
en Geschäft, bevor  
Sie Einkäufe tätigen  
in:



## Fahrrädern, Nähmaschinen, Wringmaschinen, Grammophonen

auch auf Abzahlung bei bequemen Raten

## Laternen jeder Art, Radioheiz- u. Anoden- batterien, Regenpelerinen, Schallplatten usw.

## Fahrrad- fabrik Fahrradhaus Frisch auf

Unternehmen des Arb.-Radf.-B. Solidarität mit 19 Filialen im Reiche

Filiale  
Dresden-A. Könnertitzstr. 17 Telefon  
23977

Neueste Listen über Fahrräder, Nähmaschinen u. Grammophone gratis und banko

## Rädelsburg-Lichtspiele

Dresden-N., Großenhainer Str. 146  
Telefon 51771

Ab Donnerstag bis mit Sonnab.

Der neueste Film mit

# Reinhold Schünzel „Ueb immer Treu und Redlichkeit!“

Ein Spiel voll köstlichem Humor

Vorführungen: 18<sup>u</sup> u. 20<sup>u</sup> Uhr

## Dampfbäckerei mit elektr. Betrieb

ff. Frühstücksgedäck

Otto Hering, Dresden-N.